

# **UNSERE WELT**

# VON MORGEN

Unterbezirkskonferenz 2020  
**Antragsbuch**



## Inhaltsverzeichnis

<b>AP – Arbeitsprogramm 2020/21 .....</b>	<b>5</b>
<b>A – Arbeit .....</b>	<b>16</b>
<i>A1: Arbeitnehmer*innenrechte .....</i>	<i>16</i>
<i>A2: Mindestvergütung für Freiwillige .....</i>	<i>17</i>
<i>A3: Tarifpflicht für den Einzelhandel .....</i>	<i>18</i>
<b>AF – Asyl- und Geflüchtetenpolitik .....</b>	<b>20</b>
<i>AF1: Resolution: Keine Abschiebungen nach Afghanistan .....</i>	<i>20</i>
<i>AF2: Seenotrettung – mehr als Symbolpolitik .....</i>	<i>22</i>
<b>B – Bildung, Schule und Hochschule .....</b>	<b>24</b>
<i>B1: Demokratie Zukunft geben – Umdenken im schulischen Politikunterricht .....</i>	<i>24</i>
<i>B2: Die konservative Forschungspolitik muss enden! Für eine Reform von Embryonenschutz- und Stammzellgesetz .....</i>	<i>26</i>
<i>B3: Praktikumsregelungen für die Fachhochschulreife anpassen – Praktikant*innen steht eine Vergütung zu! .....</i>	<i>31</i>
<i>B4: Leben retten gehört auf den Stundenplan! .....</i>	<i>32</i>
<b>D – Digitales &amp; Medien .....</b>	<b>33</b>
<i>D1: Diskriminierung in der Werbung bekämpfen .....</i>	<i>33</i>
<b>E – Europa &amp; Internationales .....</b>	<b>34</b>
<i>E1: Keine Solidarität mit dem Terror! .....</i>	<i>34</i>
<i>E2: Neue Akzente in der deutschen und europäischen Lateinamerika-Politik .....</i>	<i>38</i>
<i>E3: Stoppt den kulturellen Genozid! Klare Haltung gegen Chinas Umerziehungslager. ....</i>	<i>41</i>
<i>E4: Koalitionsvertrag und internationale Verpflichtungen einhalten – ODA Quote rauf! ....</i>	<i>45</i>
<b>F – Feminismus .....</b>	<b>47</b>
<i>F1: Weil Feminismus kein Selbstbedienungsladen ist – Verpflichtendes Antisexismus-Training für männliche Vorsitzende .....</i>	<i>47</i>

<i>F2: Überprüfung unserer Awarenessstrukturen.....</i>	<i>49</i>
<i>F3: Verbesserung der Hilfsangebote für Betroffene von Vergewaltigung.....</i>	<i>50</i>
<b>G – Gesundheit.....</b>	<b>52</b>
<i>G1: Abschaffung der Kostenübernahme homöopathischer Behandlungen durch gesetzliche Krankenkassen.....</i>	<i>52</i>
<i>G2: Sofortige Legalisierung von Cannabis.....</i>	<i>53</i>
<i>G3: Hilfe statt Kriminalisierung und Ausgrenzung – Für einen Richtungswechsel in der Drogenpolitik: Einrichtung von „Druckräumen“ in Hannover.....</i>	<i>54</i>
<i>G4: Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen.....</i>	<i>55</i>
<b>I – Inneres &amp; Antifaschismus.....</b>	<b>56</b>
<i>I1: Antisemitismusbeauftragte – Weiterentwicklung einer notwendigen Struktur....</i>	<i>56</i>
<i>I2: Errichtung eines Amtes gegen Rechtsextremismus in allen staatlichen Institutionen.....</i>	<i>58</i>
<i>I3: Einsetzen eines NSU Untersuchungsausschusses auf Landesebene.....</i>	<i>59</i>
<b>K – Kommunales.....</b>	<b>60</b>
<i>K1: Gestalten und umsetzen, aufstellen und wählen – für die zukunftsfeste Kommune.....</i>	<i>60</i>
<i>K2: Freifahrtschein. Jetzt. – Kostenloser ÖPNV für alle!.....</i>	<i>63</i>
<i>K3: Die Wie-Für-Mich-Gemacht-Kommune: Wohlfühlräume schaffen, statt Verbote und Verdrängung zu befeuern.....</i>	<i>64</i>
<i>K4: Trinkbrunnen für alle hannoverschen Schulen.....</i>	<i>66</i>
<b>O – Organisationspolitik.....</b>	<b>67</b>
<i>O1: SPD aka Arbeiterpartei „back to the Roots“.....</i>	<i>67</i>
<b>U – Umwelt und Verbraucher*innenschutz.....</b>	<b>69</b>
<i>U1: Tiertransporte in der EU stoppen!.....</i>	<i>69</i>
<i>U2: O’ Tannenbaum.....</i>	<i>71</i>
<i>U3: Schwarzer Kunststoff raus aus den Marktregalen.....</i>	<i>72</i>
<i>U4: Bepflanzung von Flachdächern.....</i>	<i>73</i>

<i>U5: Sozial gerechte CO2-Bepreisung durch einen nationalen Mindestpreis im Emissionshandel.....</i>	<i>74</i>
<b>V – Verkehr .....</b>	<b>77</b>
<i>V1: Beidseitige Nutzung von Radwegen .....</i>	<i>77</i>
<b>W – Wirtschaft &amp; Finanzen .....</b>	<b>78</b>
<i>W1: Förderung von Vereinen bei der Finanzierung von Tartanbahnen.....</i>	<i>78</i>
<b>S – Sonstiges .....</b>	<b>80</b>
<i>S1: Ausnahmeregelungen für den Paintballsport.....</i>	<i>80</i>

## AP – Arbeitsprogramm 2020/21

**Antragsteller\*innen:** Die Kandidierenden zum UBV

---

- 1 Gemeinsam schauen wir auf ein turbulentes Jahr 2019 zurück.
- 2 Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten wurde das Misstrauen durch das Reprä-
- 3 sentant\*innenhaus des Kongresses ausgesprochen. Boris Johnson hat mit seinem
- 4 Versprechen, einen kompromisslosen Brexit zu liefern, eine klare Mehrheit ge-
- 5 wonnen. In vielen Ländern hat die Sozialdemokratie ihren Wähler\*innenstamm
- 6 verloren. Auch in Hannovers Rathaus ist das erste Mal eine Person an der Spitze,
- 7 die kein SPD-Parteibuch trägt und im Umland sah es häufig leider nicht besser aus.
- 8 Und auch unser Verband wurde personell mehrfach umgeworfen.
- 9 Der Begriff von politisch unsicheren Zeiten ist jedoch (noch) nicht angebracht. All
- 10 diese Ereignisse sind Folge demokratischer Entscheidungen, die wir akzeptieren
- 11 müssen. Wir haben einen funktionierenden Staat, doch die Menschen wünschen
- 12 sich eine andere Politik. In diesem Sinne muss unser Anspruch für das kommende
- 13 Vorstandsjahr sein, dass wir Überzeugung zeigen – Überzeugung leben. Dass
- 14 Überzeugung zu Erfolgen führen kann, zeigen die Wahlen in Portugal oder Däne-
- 15 mark.
- 16 Die Jusos sind ein Verband, der wie kein anderer für gesellschaftliche Veränderun-
- 17 gen steht. Ungerechtigkeiten sind für uns Ansporn, zu verbessern. Wir wollen
- 18 keine Klientelpolitik für Reiche, sondern kämpfen für wahre Verteilungsgerechtig-
- 19 keit, die eine bessere Zukunft für uns alle verspricht.
- 20 Unser Sozialismus ist das Gesellschaftsmodell der Zukunft und versteht sich un-
- 21 unterbrochen in Marxistischer Tradition. Unser Sozialismus muss sich mit dem so-
- 22 genannten "real-existierenden Sozialismus" gar nicht erst vergleichen lassen,
- 23 denn er ist demokratisch und vor allem ernst gemeint.
- 24 Unser Feminismus ist mehr als Lippenbekenntnis, er ist antirassistisch und
- 25 queer\*. Unser Feminismus kann nicht außerhalb der diskriminierenden Zusam-
- 26 menhänge unserer Welt gelesen werden und versteht sich folgerichtig nicht nur
- 27 als reine Gleichstellung der Geschlechter, sondern aller Menschen.
- 28 Unser Internationalismus ist solidarische Verbundenheit mit allen, die in unserem
- 29 aktuellen System unterdrückt werden. Unser Internationalismus kämpft für den
- 30 Abbau von Grenzen und anderen unsichtbaren Mauern, die uns Menschen ein-
- 31 grenzen.

1 Unser Antifaschismus ist historische Verpflichtung und tägliche Aufgabe. Unser  
2 Antifaschismus stellt sich entschieden jeder rechten Politik in den Weg und kämpft  
3 dafür, dass Auschwitz nie wieder sei.

4

5 Also lasst uns kämpfen. *Das ist unsere Welt von Morgen.*

6

7

## 8 **Inhalte**

9

### 10 **Feminismus und Awarenessarbeit**

11 Feminismus wird auch im kommenden Jahr eine unserer wichtigsten inhaltlichen  
12 Säulen darstellen. Für uns bedeutet das, sowohl thematische Bildungsveranstal-  
13 tungen hierzu anzubieten (z.B. in Form von Diskussions-/Themenabenden oder  
14 einem Arbeitskreis), als auch innerverbandlich Frauen\* zu empowern und sicht-  
15 sowie hörbar zu machen.

16 Es wird in regelmäßigen Abständen Frauen\*vernetzungstreffen geben und es sol-  
17 len neue Möglichkeiten für Frauen\* in unserem Verband geschaffen werden, auch  
18 zwischen den Treffen in Kontakt miteinander zu treten und sich zu vernetzen. An  
19 Konferenzen werden wir selbstverständlich mit einer quotierten Delegation teil-  
20 nehmen und auf unseren Sitzungen eine quotierte (Erst-)Redner\*innenliste füh-  
21 ren.

22 Wir wollen, dass sich all unsere Mitglieder wohl bei uns fühlen. Sexismus und Dis-  
23 kriminierung haben keinen Platz! Um das sicherzustellen, werden wir im kommen-  
24 den Jahr auf der ersten Vollversammlung nach der UBK ein neues Awareness-  
25 Team wählen, das aus Nicht-UBV Mitgliedern bestehen und quotiert sein soll. Be-  
26 gleitend soll es eine feste Ansprechperson aus dem Unterbezirksvorstand geben,  
27 die Kontakt zum Team hält. Dieses Awareness-Team soll künftig durch eine eigene  
28 Mailadresse jederzeit kontaktierbar sein. Auf den Vollversammlungen soll es re-  
29 gelmäßige inhaltliche Inputs durch das A-Team geben. Darüber hinaus ist eine  
30 Fortbildung zum Thema Awareness intern im Unterbezirksvorstand anzustreben.

31

### 32 **3. Geschlecht**

33 Seit dem 22. Dezember 2018 besteht die Möglichkeit, im Personenstandsregister  
34 die Angabe „divers“ eintragen zu lassen. Wir Jusos müssen dies auch bei uns im  
35 Verband leben und unterstützen. Wir müssen Jusos, die divers sind genauso viel

1 Solidarität und Unterstützung zeigen wie weiblichen Jusos. Wir Jusos stehen für  
2 einen Abbau des heteronormativen Patriachats.

3

#### 4 **Inklusion**

5 Wir Jusos wissen, dass „Behinderungen“ sozial geschaffen werden. Keine Person  
6 kommt „behindert“ zur Welt. Erst dadurch, dass sie durch physische und psychi-  
7 sche Barrieren ausgegrenzt wird, wird eine Person wortwörtlich in ihrem Zugang  
8 zur Gesellschaft „behindert“. Wir wollen das Gesellschaftsmodell der Inklusion  
9 umgesetzt sehen, nach der Maxime „Notwendig für wenige, hilfreich für viele, gut  
10 für alle“. Dafür bekennen wir uns klar zur aktiven gesellschaftlichen Inklusion ins-  
11 besondere behinderter Menschen. Um gerade diesen Menschen die Chance zu  
12 geben, sich in ihrer Vielfalt in unserer Mitte wiederzufinden, wollen wir uns mit  
13 ihnen und ihren Verbänden und Institutionen direkt austauschen.

14 Innerhalb dieses Austausches wollen wir ihre Bedürfnisse wahrnehmen und be-  
15 reits bestehende Gesetze, wie zum Beispiel das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und  
16 das niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG) kritisch evaluie-  
17 ren. Gleiches gilt für die Entwicklung und Umsetzung bzw. Fortschreibung von Ak-  
18 tionsplänen zum Thema Inklusion auf nationaler, Landes- und kommunaler  
19 Ebene. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass in jeder Kommune der Region  
20 Hannover Behindertenbeiräte eingerichtet werden, ggf. als Ergänzung zur Schaf-  
21 fung der Verwaltungsstelle einer\*eines Behinderten- bzw. Inklusionsbeauftrag-  
22 ten. Des Weiteren ist es unser Ziel, die Koordination verschiedener kommunalpo-  
23 litischer Verwaltungsstellen, zum Beispiel zwischen Stadtplanung und Bauamt so-  
24 wie Sozialamt (Wohngeldstelle o.Ä.), im Kontext des behindertengerechten Bau-  
25 ens und Wohnen zu verbessern.

26

#### 27 **Jugendpolitik**

28 Jugendpolitik ist ein umfangreiches Aktionsfeld, das die Sozialdemokratie immer  
29 schon geprägt hat und mit guter Politik prägen wird. Wir möchten auch unsere  
30 Impulse zu diesen Themen herausarbeiten und an die Partei tragen. Insbesondere  
31 die präventiven Maßnahmen sind für uns Herzensangelegenheit, die auch im Rah-  
32 men der Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2025 ein Thema werden müssen. Die  
33 Förderung von Kindern ist ein essentieller Teil zur Sicherung von Kultur.

34

#### 35 **Kampf gegen Rechts/Antifaschismus**

1 Als antifaschistischer Verband stellen wir uns jeder gruppenbezogenen Men-  
2 schenfeindlichkeit entschlossen entgegen. In einer Zeit, in der Rechte und Fa-  
3 schist\*innen immer wieder erfolgreich den Diskurs verschieben, in der die völk-  
4 sche AfD mancherorts als „bürgerliche“ Partei gehandelt wird und in der rhetori-  
5 sche Hetze in Drohungen und Gewalt durch rechte Netzwerke mündet, bauen wir  
6 unsere antifaschistische Aktivität weiter aus. Antifaschismus wird eine zentrale  
7 Rolle in unserer Bündnisarbeit spielen. Wir wollen wieder mehr Präsenz auf De-  
8 mos und bei Protesten gegen rechte Hetze zeigen. Wenn wie im letzten Jahr gegen  
9 AfD-Veranstaltungen oder NPD-Demos mobilisiert wird, müssen die Jusos eine ak-  
10 tive Rolle einnehmen. Dort, wo unsere Juso-AGen das bereits tun oder tun möch-  
11 ten, wird der Unterbezirksvorstand der Jusos Region Hannover die AGen tatkräftig  
12 unterstützen. Unsere antifaschistischen Aktivitäten richten sich gegen alle Formen  
13 von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Es betrifft nicht nur Islamophobie  
14 sowie Rassismus, sondern auch wachsenden Sexismus, Antisemitismus, Homo-  
15 phobie, Transphobie und Hass auf Andersdenkende. Auch in Hinblick auf die Vor-  
16 bereitung der Kommunalwahlen steht für uns fest: Die Region Hannover rückt kei-  
17 nen Millimeter nach rechts! Kein Fußbreit dem Faschismus!

18

## 19 **Bildungspolitik**

20 Das Bildungssystem in Deutschland ist noch immer gekennzeichnet von Leis-  
21 tungsdruck, Zweiklassengesellschaft und Stereotypen. Gerade deshalb müssen  
22 wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wie ein gerechtes und soziales Bildungs-  
23 system für uns aussieht. Trotz unterschiedlicher Lebensbedingungen, die wir uns  
24 nicht aussuchen können, muss in unserem Bildungssystem Chancengleichheit  
25 vorhanden sein. Alle Barrieren, die einer Chancengleichheit im Wege stehen, müs-  
26 sen abgebaut werden, so darf Bildung beispielsweise nicht von der Herkunft oder  
27 dem Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

28 Die Bildung in der Region Hannover soll im 21. Jahrhundert ankommen. Wir wer-  
29 den uns vor Ort dafür einsetzen, dass Schulen modern ausgestattet werden. Die  
30 Gelder des Digitalpaktes sollen in den Schulen sinnvoll in Form von neuen techni-  
31 schen Geräten und freiem W-Lan eingesetzt werden und weitere Investitionen sol-  
32 len folgen. Moderne Schulen für gute Bildung!

33

## 34 **Arbeitnehmer\*innenrechte**

35 Arbeitnehmer\*innenrechte ist ein Thema, das häufig vernachlässigt wird. Wir  
36 möchten uns über den Begriff der Arbeitnehmer\*innen Gedanken machen, um  
37 festzustellen, welche Arbeitnehmer\*innenrechte wir als ausbaufähig erachten



1 und wo nachgebessert werden soll. Infolgedessen möchten wir mehrere inhaltli-  
2 che Forderungen erarbeiten, da wir keine deutliche Position der SPD dazu sehen.  
3 Eine Grundsatzdiskussion wird bei diesem Thema nötig sein.

4

### 5 **Präsenz zeigen**

6 Als Jusos wollen wir dieses Jahr mehr Präsenz zeigen. Wir wollen den Menschen in  
7 der Region Hannover zeigen, dass die SPD vor Ort da ist und auch jung und dyna-  
8 misch ist. Denn wir meinen: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Daher wollen wir Ver-  
9 teilaktionen o.ä. von AGen mit Juso-Materialien und personeller Hilfe bei Bedarf  
10 unterstützen.

11

### 12 **Ortsbegehungen**

13 Im kommenden Jahr wollen wir ein neues Format einführen: die Ortsbegehung.

14 Dabei wollen wir mit Vereinen, Institutionen, Gemeinschaften und vielen weiteren  
15 Akteur\*innen der Gesellschaft ins Gespräch kommen, sie in ihren Einrichtungen  
16 besuchen und einen intensiven Dialog führen. Dabei soll der Fokus besonders im  
17 Bereich Internationalismus und Kultur liegen, dennoch orientieren wir uns auch  
18 an den Interessen unserer Mitglieder.

19

### 20 **Bündnisarbeit**

21 Um unsere Ideen in die Gesellschaft und Politik zu tragen, möchten wir die Bünd-  
22 nisarbeit wieder stärker fokussieren. Dies beinhaltet unter anderem unsere jetzi-  
23 gen Bündnispartner\*innen im 1.Mai Bündnis und unsere Bündnisse gegen die AfD  
24 und

Rechts.

25 Antifaschismus muss gelebt werden, in den heutigen Zeiten ist Schweigen keine  
26 Alternative mehr. Wir müssen es schaffen, mehr Präsenz auf Demonstrationen zu  
27 zeigen und diese mit zu organisieren. Im nächsten Jahr wollen wir wieder enger  
28 mit den Falken zusammenarbeiten. Und auch bei den Jugend- und Auszubilden-  
29 denvertretungen sowie den Gewerkschaftsjugenden müssen wir Ansprechpart-  
30 ner\*innen haben und selbst sein. Wir arbeiten alle an ähnlichen Vorstellungen un-  
31 serer Zukunft und zusammen können wir mehr bewegen.

32

33 Wir wollen uns im kommenden Jahr noch breiter aufstellen. Dafür müssen wir uns  
34 als SPD/Jusos wieder erinnern, wo wir herkommen und wer unsere wirklichen Ver-  
35 bündeten sind. Denn wir als Jusos/SPD haben eine stolze Vergangenheit und

1 sollten die Tradition der Zusammenarbeit weiterleben. Wir haben Jahrzehnte ge-  
2 meinsam mit den Gewerkschaften und anderen Bündnissen immer wieder für  
3 Fortschritt gesorgt, Fortschritt, der allen ein besseres Leben ermöglicht.

4

## 5 **Die Sozialdemokratie und Wir**

6 Das Spannungsverhältnis zwischen SPD und Jusos ist bekannt, wir agieren in einer  
7 kritischen Solidarität. Die SPD selbst bewegt sich jedoch stark und das kann uns  
8 für die Zukunft positiv stimmen. Mit der Wahl von Saskia und Norbert als neue  
9 Vorsitzende schlägt die Sozialdemokratie einen mutigeren Weg ein. Und mit die-  
10 sem Mut werden wir auch in die Kommunalwahlen 2021 starten.

11 Wir werden uns insbesondere für eine starke Kandidierenden-Lage von uns Jusos  
12 einsetzen. In enger Koordination mit den SPD-Gremien möchten wir junge Kandi-  
13 dierende empowern, sich selbst einzubringen. Dazu möchten wir die Kandidieren-  
14 den vor Ort mit Veranstaltungen wie einer Ideenwerkstatt und anderen Formaten  
15 für ihre Kandidatur vorbereiten. Ebenso werden wir der Forderungen einer Juso-  
16 Quote Nachdruck verleihen.

17 Zu einer Wahl gehört selbstverständlich eine eigene Kampagne, die wir dieses Jahr  
18 in Bewegung bringen wollen.

19

## 20 **Halbzeitbilanz der Landes-GroKo**

21 Seit November 2017 regiert in Niedersachsen eine Große Koalition, mit deren Ar-  
22 beit wir uns als Jusos auch weiterhin kritisch auseinandersetzen wollen. Im Mai  
23 2020 wird die Legislatur ihre Halbzeit erreichen und passend dazu wollen wir uns  
24 in einem entsprechenden Format mit der Arbeit der Landesregierung auseinan-  
25 dersetzen und dabei eine thematische Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand  
26 der Jusos Niedersachsen anstreben.

27

## 28 **Organisation**

29

### 30 **Eine Region. Ein Unterbezirk.**

31 Seit nun fast 20 Jahren gibt es die Region Hannover. Wir sind mit unserer Struktur  
32 einzigartig in ganz Deutschland – auch bei unserer Mitgliederstruktur.

33 Unser Handeln muss stärker von unserem Verständnis als ein Unterbezirk – dem  
34 Regionsgedanken – getragen werden. Als Grundstein werden wir deshalb auch  
35 außerhalb der Landeshauptstadt Aktionen durchführen. Es ist klar, dass bei

1 Veranstaltungen des UBs alle Jusos in der Region gleichermaßen berücksichtigt  
2 werden.

3 Ebenso wollen wir unsere Leitfäden erweitern und zusätzlich neue erarbeiten. Wir  
4 möchten Aktionsideen der verschiedenen Arbeitsgemeinschaften in einer Akti-  
5 onssammlung zusammenführen. Wir wollen mit einer AG-Vorsitzenden-Konfe-  
6 renz (AGVK) einen gefestigten Rahmen schaffen, in dem weiterer Austausch und  
7 Weiterbildung stattfinden können. Wir sehen dies auch als Chance, um die AG-  
8 Ebene zu stärken und die kleineren Arbeitsgemeinschaften im Umland mit Hand-  
9 werkszeug auszustatten. Wir möchten auch weiterhin daran festhalten, Arbeitsge-  
10 meinschaften bei ihrer Gründung zu unterstützen und bei Bedarf Arbeitsgemein-  
11 schaften bei der Arbeit behilflich zu sein.

12

### 13 **Vollversammlungen stärken**

14 Die Vollversammlungen sind von zentraler Bedeutung für eine transparente Vor-  
15 standsarbeit, für den Erfahrungs- und Ideenaustausch zwischen den AGen und die  
16 Begleitung des Unterbezirksvorstands durch die Mitglieder. Wir wollen dieses Gre-  
17 mium weiter stärken und die Sitzungen möglichst attraktiv gestalten. Als Juso-Un-  
18 terbezirksvorstand unterstützen wir die AGen bei der regelmäßigen Austragung  
19 der Vollversammlungen und möchten dabei mithelfen, dass es auch im kommen-  
20 den Jahr einen regelmäßigen zweimonatigen Sitzungsrhythmus gibt. Neben den  
21 Berichten wollen wir auch verstärkt inhaltliche Debatten in die Vollversammlung  
22 einbringen. Das kann über die Einbringung von Anträgen oder die Einladung von  
23 Referent\*innen zu Schwerpunktthemen stattfinden. Wir wollen die Versammlun-  
24 gen so auch mit unserer Bildungs- und Bündnisarbeit vernetzen. Um das Bewusst-  
25 sein für die Vielfalt und Fläche unseres Unterbezirks zu schärfen, möchten wir  
26 mindestens eine Vollversammlung außerhalb der Landeshauptstadt stattfinden  
27 lassen.

28

### 29 **Arbeitskreise**

30 Die Themenabende der Jusos werden in der Regel gut besucht. Wir haben aber  
31 festgestellt, dass sich viele Mitglieder eine kontinuierlichere Auseinandersetzung  
32 mit bestimmten politischen Themen wünschen. Daher wollen wir im nächsten Jahr  
33 die Arbeitskreise (AKs) in überarbeiteter Form wieder anbieten. Das Problem der  
34 AKs war früher, dass immer weniger Menschen in den AKs mitgearbeitet haben.  
35 Daher wollen wir uns künftig auf vier wesentliche Themen beschränken, bei denen  
36 wir hoffen, einen guten Querschnitt durch die Interessen unserer Mitgliedschaft  
37 zu treffen: Bildung, Internationalismus und Antifaschismus, Feminismus und

1 Umwelt. Die Arbeitskreise treffen sich regelmäßig und sind in der Art der Gestal-  
2 tung ihrer Treffen frei. So wollen wir mehr Anreize für unsere Mitglieder schaffen,  
3 sich auf Unterbezirksebene einzubringen, ohne gleich ein Amt übernehmen zu  
4 müssen. Aus der Arbeit der AKs können Anträge und Veranstaltungen entstehen.  
5 Außerdem ist eine enge Verzahnung mit Neumitgliederabenden und Vollver-  
6 sammlungen anzustreben. So sollen neue Genoss\*innen zur Mitarbeit motiviert  
7 werden und gleichzeitig bietet sich für die AKs die Gelegenheit, regelmäßige in-  
8 haltliche Inputs zu liefern. Mitglieder des Unterbezirksvorstands arbeiten koordi-  
9 nierend in den AKs mit und fungieren dabei als Bindeglied zum Vorstand sowie  
10 bei Bedarf als organisatorische Stütze der Arbeit.

11

## 12 **Themenabende**

13 Mit den Themenabenden wollen wir wieder ein Format für politische Diskussionen  
14 und politische Bildungsarbeit etablieren. Jeder Abend widmet sich schwerpunkt-  
15 mäßig einem Themenkomplex und ermöglicht den Austausch mit Mandatsträ-  
16 ger\*innen und/oder eingeladenen Bündnispartner\*innen. Ziele sind die Wissens-  
17 vermittlung zu relevanten Themen, die politische Vernetzung unseres Verbands  
18 und die Erarbeitung von Anträgen für die nächste Unterbezirkskonferenz. In Vor-  
19 bereitung auf die Kommunalwahlen 2021 sollen sich die Themenabende verstärkt  
20 kommunalpolitisch relevanten Themen widmen und auch bevorzugt Gäste mit ei-  
21 nem solchen Bezug eingeladen werden. Die Themenabende sollen regelmäßig  
22 stattfinden und von Mitgliedern des Unterbezirksvorstands federführend organi-  
23 siert werden. Die Beteiligung an der inhaltlichen Ausgestaltung und Organisation  
24 soll jedoch allen Mitgliedern der Jusos Region Hannover offenstehen. Die Veran-  
25 staltungen selbst sollen in einem offenen Mitmach-Format stattfinden. Themen-  
26 abenden können genutzt werden, um auf Probleme aufmerksam zu machen und  
27 dann daraus politische Lösungsansätze zu erarbeiten. Bei thematischen Über-  
28 schneidungen wird eine Kooperation mit den Arbeitskreisen angestrebt.

29

## 30 **Freizeitveranstaltungen**

31 Wir wollen unseren Verband im kommenden Jahr wieder stärker zusammenwach-  
32 sen lassen. Bei den Jusos arbeiten wir nicht nur politisch zusammen, sondern hier  
33 entstehen auch wunderbare Freund\*innenschaften. Um diesen Gedanken wieder  
34 mehr in den Vordergrund treten zu lassen, wollen wir verstärkt zusätzliche Aktio-  
35 nen in lockererer Atmosphäre anbieten. Hierzu zählen Abendveranstaltungen wie  
36 Filmabende, gemeinsame Theater- oder Kinobesuche oder ein TableQuiz genauso

1 wie beispielsweise eine gemeinsame Staffel für den Hannover-Marathon. Auch  
2 das alljährlich veranstaltete Sommerfest wird es wieder geben.

3

#### 4 **Antragswerkstatt**

5 Im Gespräch mit (Neu-)Mitgliedern und beim Austausch mit anderen AGen fällt  
6 immer wieder auf: viele würden sich gerne auch in Form von Anträgen stärker  
7 inhaltlich bei den Jusos einbringen, sind sich aber unsicher, wie ein solcher Antrag  
8 aussehen soll. Unser Leitfaden zum Thema „Anträge schreiben“ ist ein guter An-  
9 fang, um Unsicherheiten zu beseitigen, künftig wollen wir die Entstehung von An-  
10 trägen noch stärker aktiv unterstützen. Dazu planen wir, eine Antragswerkstatt ins  
11 Leben zu rufen: regelmäßig laden wir zu Treffen ein, auf denen das Schreiben von  
12 Anträgen anhand von Beispielen veranschaulicht und Antragsideen unserer Mit-  
13 glieder besprochen werden können. Im Idealfall entstehen auf diese Weise am  
14 Ende des Abends sogar fertige Anträge, die dann in die einzelnen AGen mitgenom-  
15 men werden können. So hoffen wir, die Angst vor einem „schlechten“ oder „fal-  
16 schen“ Antrag abzubauen zu können und langfristig das Engagement in unserem  
17 Verband zu steigern. Wir haben alle etwas zu sagen – es wird Zeit, dass allen Gehör  
18 geschenkt wird!

19

#### 20 **Öffentlichkeitsarbeit**

21 Im kommenden Vorstandsjahr werden wir aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
22 gestalten. Das bedeutet, dass wir uns zu aktuellen Themen äußern – vor allem mit  
23 dem Augenmerk auf Social Media, um eine breite Masse an jungen Menschen  
24 schnell zu erreichen. Dazu sollen Instagram und Facebook mit einem neuen Kon-  
25 zept ausgestattet werden.

26 Unsere Homepage ist unsere digitale Visitenkarte und wird daher den aktuellen  
27 Vorstand und unsere inhaltlichen Beschlüsse widerspiegeln.

28 Wir müssen Wege finden, wie wir mit den Journalist\*innen der Medien vor Ort in  
29 einen Austausch kommen und gerade darauf achten, junge Formate, die es auch  
30 in der Region Hannover gibt, für uns zu nutzen. Twitter wird dort ein weiteres Bin-  
31 deglied sein, womit wir schnell an die entsprechende Pressezielgruppe unsere  
32 Standpunkte kommunizieren können. Auch eine Schulung zum Umgang mit der  
33 Presse sehen wir als notwendig, um eine gute Öffentlichkeitsarbeit des Unterbe-  
34 zirks und der Arbeitsgemeinschaften zu ermöglichen. Diese wollen wir im Rahmen  
35 der AGVK anbieten.

1 Unsere Arbeit als Organisation wird nur dann wahrgenommen, wenn sie von au-  
2 ßen gesehen wird. Wir haben die Antworten auf die Zukunft und sollten sie auch  
3 so in die Welt kommunizieren!

4 Ebenso gehört zur Kommunikation die Weitergabe von Informationen an die eige-  
5 nen Mitglieder, welches Thema gerade unser Fokus ist und warum. Wir müssen  
6 unsere Standpunkte klar und verständlich erklären. Nach Möglichkeiten soll im  
7 nächsten Jahr auch ein eigenes Verbandsmagazin herausgegeben werden, das  
8 gleichzeitig als Lektüre an Neumitglieder verteilt werden kann. Hier sind explizit  
9 alle Jusos dazu aufgerufen, Ideen, Texte, Bilder und mehr beizusteuern.

10

### 11 **Neumitglieder**

12 Wir wollen eine Kampagne zur Werbung von weiteren Neumitgliedern starten, die  
13 sich insbesondere auch an Frauen\* richten soll. Hier muss im Vordergrund stehen,  
14 auch mit den Arbeitsgemeinschaften vor Ort geeignete Werbung zu gestalten.

15 Aus diesem Grund werden weiterhin Neumitgliederabende veranstaltet werden,  
16 die neue (oder potenzielle) Mitglieder mit der Struktur und den programmati-  
17 schen Inhalten der Jusos bekannt machen sollen.

18 Wir werden zudem gesonderte Frauen\*Neumitgliederabende veranstalten, die  
19 Schutzraum und besonderes Kennenlernorum zugleich sein sollen.

20 Auch Nichtmitglieder sollen zusätzlich über unsere bisherigen und nach Möglich-  
21 keiten auch neuen Bündnisplattformen explizit zu den Abenden eingeladen wer-  
22 den und die Chance haben, die Jusos sowohl als Organisation als auch auf persön-  
23 licher Ebene kennenzulernen.

24 Ferner möchten wir die Broschüre für neue Mitglieder von Grund auf neu aufle-  
25 gen, sodass auch abseits bzw. über die Neumitgliederabende hinaus Informatio-  
26 nen und Ansprechpartner\*innen an die Hand gegeben werden können.

27

### 28 **Vorstandskultur**

29 Der Unterbezirksvorstand ist seinen Verbandsmitgliedern zu Transparenz und Of-  
30 fenheit verpflichtet. Wir dürfen keine unfairen Absägeaktionen mehr hinnehmen.  
31 Es unterliegt seiner Aufgabe, alle über aktuelle Entwicklungen und Veränderungen  
32 zeitnah zu unterrichten. Dazu zählen auch die fristgerechten Einladungen zu allen  
33 Sitzungen der Jusos Region Hannover (Vollversammlungen und Vorstandssitzun-  
34 gen). Vorstandsintern müssen Respekt, Fairness und Solidarität untereinander als  
35 Leitmotive gelten. Um diesen Gedanken zu stärken, sind Teambuilding-

- 1 Maßnahmen, sowie eine vertrauensvolle Kommunikation untereinander wichtig.
- 2 Nur ein starker Vorstand wird der Arbeit für einen der größten Juso-Unterbezirke
- 3 überhaupt gerecht.

## **A – Arbeit**

### **A1: Arbeitnehmer\*innenrechte**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Springe

**Weiterleitung:** UBV

---

- 1 Wir fordern den Unterbezirksvorstand der Jusos auf, in der zweiten Hälfte des Ka-
- 2 lenderjahres 2020 einen Themenabend zum Thema Arbeitnehmer\*innenrechte
- 3 zu veranstalten.

#### **Begründung**

Auf der UBK 2018 wurde ein solcher Antrag aus der Nordstadt beschlossen. Im Arbeitsprogramm fällt diesem Themenschwerpunkt eine besondere Gewichtung zu. Wir möchten uns intensiv im Rahmen des gesamten Unterbezirkes auseinandersetzen und mit den Erkenntnissen aus dem Antrag weitergehende Forderungen formulieren.

In den letzten Jahren wurde immer wieder gesagt: „Es gibt den sogenannten Arbeiter nicht mehr, daher hat die SPD keine Zukunft!“ Dem möchten wir uns entschieden gegenüberstellen und uns detailliert mit dem Thema befassen. Es ist alles beim Alten. Aus unserer Sicht haben sich nur die Umstände geändert.



## **A2: Mindestvergütung für Freiwillige**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Springe

**Weiterleitung:** Juso Landeskonferenz, SPD Landeskonferenz

---

- 1 Jugendliche und junge Erwachsene, die einen Freiwilligendienst leisten, sollten
- 2 mindestens den Steuerfreibetrag für Minijobs in Höhe von 450€ in Form eines Ta-
- 3 schengeldes erhalten.

### **Begründung**

Aktuell liegt der Maximalbetrag je nach Träger und Art des Freiwilligendienstes zwischen 363€ bis 414€, jedoch sieht es in der Realität oft anders aus und Menschen die einen Freiwilligendienst ableisten erhalten teilweise weniger als 200€ im Monat für eine bis zu 40 Stundenwoche. Für Jugendliche und junge Erwachsene die noch bei ihren Eltern wohnen mag das funktionieren, jedoch müssen viele auch für ihr freiwilliges Jahr ausziehen. Diese erhalten zwar Unterstützung was vor allem die Unterkunft betrifft, jedoch wird dadurch meist das schon von vornerein niedrige Taschengeld weiter gekürzt und von dem erarbeiteten Geld wird praktisch alles für Fahrkarten und Lebensmittel ausgegeben. Die Freiwilligen sollten sich keinesfalls an dem ausgezahlten Taschengeld bereichern, jedoch ist es nötig, dass sie für ihren wichtigen Dienst den sie für die Gesellschaft leisten verhältnismäßig entschädigt werden.

### **A3: Tarifpflicht für den Einzelhandel**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Seelze

**Weiterleitung:** Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundespartei-tag, SPD-Bundestagsfraktion

---

- 1 Wir Jusos fordern die Einführung einer Tarifpflicht für alle im Einzelhandel Be-
- 2 schäftigten Mitarbeiter\*innen in Deutschland.

#### **Begründung**

Jeder kennt es, man geht arbeiten, um das Geld zu verdienen, das man benötigt um all jene Kosten zu tragen die im Leben nun mal so anfallen. Besonders in der Einzelhandelsbranche findet man zu viele Menschen die von morgens bis abends Vollzeit arbeiten, die tagtäglich Produkte und Dienstleistungen verkaufen, eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, und trotzdem neben der Vollzeitstelle noch arbeiten müssen.

Wozu Vollzeit arbeiten? Wozu jeden Tag früh aufstehen, in den Markt oder ins Versandlager fahren und abends erschöpft wieder nachhause kommen, wenn man mit dem Gehalt gerade so über die Runden kommt. Weshalb dieser ganze Aufwand? Diese Frage stellen sich viele Arbeitnehmer im Einzelhandel, zu viele unserer Meinung nach. Das muss sich ändern!

Rund 1,3 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten im Einzelhandel. 64 % der Beschäftigten werden dabei nicht nach Tarifvertrag bezahlt. Noch düsterer sieht es in Ostdeutschland aus: 75 % der MitarbeiterInnen sind hier an keinen Tarifvertrag gebunden. Während Beschäftigte, die direkt bei den „Big Playern“ (Schwarz Gruppe, Rewe, Edeka, Aldi, ...) angestellt sind, nach Tarifvertrag bezahlt werden, finden eben genau diese Unternehmen Möglichkeiten, die Tarifbindung zu umgehen. Denn Franchise-Filialen, die von unabhängigen Unternehmerinnen geführt werden, können frei über die gezahlten Löhne verfügen. Bei Edeka sind das dadurch unglaubliche 80 % aller Märkte, bei Rewe 40 %, die so nicht mehr den Tariflohn garantieren. Auch in den anderen Einzelhandelsbereichen sieht es so aus z.B. bei den großen Kaufhausketten wie Karstadt oder Galeria Kaufhof.

Die Unternehmer der Einzelhandelsgeschäfte erwirtschaften riesige Umsätze, während die ArbeitnehmerInnen, die die Gewinne erwirtschaften, mit Niedriglöhnen abgespeist werden. Zu oft sind keine Sonderleistungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld vorhanden.

Jemand der heutzutage im Einzelhandel arbeitet hat einen unglaublich stressigen Job. Es müssen undankbare KundenInnen bedient und Aufgaben erledigt werden, die eigentlich für die doppelte Zahl an Arbeitskräften vorgesehen sind. Die personelle Unterbesetzung ist kein Missmanagement, sondern Taktik zur Gewinnmaximierung.

In diesen Berufen ist es normal, dass man körperlich belastbar ist, weil man nahezu jede Sekunde schwer tragen muss und auch den ganzen Tag über nichts anderes macht außer zu Stehen oder zu Laufen. Die Belastungen im Arbeitsalltag haben jedoch nichts mit gesunder Bewegung oder gar Sport zu tun – typische Arbeitnehmerkrankheiten wie Rückenprobleme oder Migräne sind vorprogrammiert. Das dauerhaft erhöhte Stresslevel schafft dazu den Nährboden für psychische Erkrankungen.

Egal welche Entwicklungen Unmut in der Gesellschaft hervorrufen – MitarbeiterInnen im Einzelhandel sind meist die ersten, die es abbekommen. Aggressive KundInnen beschwerten sich über fehlende Produkte, angeblich fehlende Rabatte (Geiz ist schließlich geil!) oder machen auch mal die KassiererIn oder den Kassierer für die gesamte Unternehmenspolitik des Arbeitgebers verantwortlich. Der psychische Druck ist enorm. Randalierende KundenInnen, Beleidigungen oder auch schlichte Verachtung gegenüber dem Personal sind keine Seltenheit. Sätze wie: „genau deswegen mein Kind, solltest du in der Schule gut aufpassen und fleißig lernen, damit du nicht wie die hier endest“ hat wohl schon jedeR MitarbeiterIn im Einzelhandel gehört.

Viele EinzelhändlerInnen wollen beraten, freundlich und aufmerksam sein und Spaß an Ihrem Beruf haben. Der unglaubliche Druck von oben, die Verachtung der Kundschaft und vor allem die viel zu niedrige Bezahlung machen einen Strich durch diese Rechnung.

Eine angemessene Existenzsicherung ist schon lange nicht mehr im Einzelhandel gegeben. Dabei gibt es bereits gute Tarifverträge, die von den Gewerkschaften erkämpft worden sind. Was aber bringen diese, wenn sie oftmals von den Unternehmen ignoriert werden? Es kann nicht sein, dass rund 1,3 Millionen ArbeitnehmerInnen von teilweise zwei Jobs nicht über die Runden kommen.

Wir Jusos fordern deshalb, dass die SPD, als Partei der ArbeitnehmerInnen, sich dafür einsetzt, dass alle Beschäftigten im Einzelhandel ordentlich entlohnt werden und eine Tarifpflicht für den Einzelhandelssektor einführt.

## AF – Asyl- und Geflüchtetenpolitik

### AF1: Resolution: Keine Abschiebungen nach Afghanistan

**Antragssteller\*innen:** Jusos Nordstadt

**Weiterleitung:** Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

---

- 1 Wir sprechen uns klar gegen Abschiebungen nach Afghanistan aus.
- 2
- 3 Vom Dezember 2016 bis zum Juli 2019 wurden 547 Geflüchtete von Deutschland
- 4 aus nach Afghanistan zurückgeführt. Das Joint-Way Forward Abkommen ebnete
- 5 2016 den Weg, mehr Geflüchtete aus der EU nach Afghanistan abzuschicken. In
- 6 Afghanistan werden die Zurückgekehrten mit Gewalt, Terrorismus, und Armut
- 7 konfrontiert.
- 8 Afghanistan liegt im Ranking des *Global Peace Index* noch hinter Syrien auf dem
- 9 letzten Platz und verzeichnete 2018 die meisten Kriegstoten weltweit. Der UNAMA-
- 10 Report (Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan) vom Okto-
- 11 ber 2019 protokollierte die höchste Anzahl von zivilen Opfern seit Beginn der Mes-
- 12 sungen in Afghanistan. Von Januar bis September 2019 forderten kämpferische
- 13 Auseinandersetzungen zwischen Regierungsanhängern und Regierungsgegnern
- 14 8.239 zivile Opfer, 2.461 davon waren Kinder. Die Opferraten zwischen Juni und
- 15 September überragten die vom vorherigen Jahr um 42 Prozent. 41 Prozent der
- 16 Opfer sind dabei Frauen und Kinder.
- 17 Aber die katastrophale allgemeine Sicherheitslage ist nicht das einzige, mit dem
- 18 Rückkehrende umzugehen haben. Eine Studie vom September 2019 zeigt auf,
- 19 dass 90 Prozent der aus Deutschland abgeschobenen Asylsuchenden nach ihrer
- 20 Abschiebung Gewalterfahrungen machen mussten. Bezeichnend ist hier vor al-
- 21 lem, dass 54,8 Prozent der Abgeschobenen Opfer von speziell gegen Rückkeh-
- 22 rende gerichteter Gewalt wurden. Die Rückkehrenden werden in Afghanistan von
- 23 breiten Teilen der Bevölkerung als „Verräter“, „Verwestlicht“ und „Ungläubige“ an-
- 24 gesehen. Insbesondere die Taliban sehen die Rückkehrenden als Feinde verfolgen
- 25 sie. Es kommt zu Entführungen, mehrtägigen Misshandlungen und anderen Ver-
- 26 geltungshandlungen durch die Taliban.
- 27 Aufgrund der Verfolgung von Rückkehrenden leben 89,9 Prozent der aus Deutsch-
- 28 land abgeschobenen Personen in Verstecken und können sich keine Lebens-
- 29 grundlage aufbauen.

1 Die abgeschobenen Schutzsuchenden haben laut den neusten Erkenntnissen also  
2 innerhalb kürzester Zeit nach Ankunft in Afghanistan Gewalterfahrungen zu er-  
3 warten und werden neben den alltäglichen Kampfhandlungen und Anschlägen  
4 auch von speziell gegen sie gerichteter Gewalt bedroht.  
5 Wir begrüßen die Haltung der SPD-geführten Landesregierung Niedersachsens,  
6 keine Ausweitung von Abschiebungen nach Afghanistan anzustreben. Gleichzeitig  
7 fordern wir den die Länder und auch den Bund auf keine weiteren Abschiebungen  
8 nach Afghanistan anzustreben, solange sich die Sicherheitslage dort nicht umfas-  
9 send und nachhaltig verbessert.  
10 Es ist aus unserer Sicht nicht tragbar Asylsuchende nach Afghanistan abzuschie-  
11 ben, da diese neben den allgemeinen Gefahren im vom Terror geprägten Land  
12 auch zusätzlich durch die explizite Verfolgung von Rückkehrenden gefährdet sind.

## **AF2: Seenotrettung – mehr als Symbolpolitik**

**Antragssteller\*innen:** Jusos MOZ

**Weiterleitung:** SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Unterbezirksvorstand, Juso-Landeskonferenz

---

1 Wir Jusos stehen solidarisch zu der Seebrücke und der zivilen Seenotrettung. Das  
2 bedeutet für uns, dass wir nicht müde werden zu betonen, dass das Sterben im  
3 Mittelmeer aufhören muss und wir es als Verpflichtung der Politik sehen, sichere  
4 Fluchtrouten zu schaffen.

5  
6 Seit dem 14.02.2019 ist die Region Hannover ein sicherer Hafen. Aber was bedeu-  
7 tet das konkret? Neben der Solidarität mit der Seebrücke oder der zivilen Seenot-  
8 rettung in der Öffentlichkeit geht es auch darum zu signalisieren, dass man bereit  
9 ist mehr Geflüchtete aufzunehmen, als man müsste. Es bedeutet aber auch, nicht  
10 nur Akuthilfe zu leisten, sondern auch sich langfristig dafür einzusetzen, dass es  
11 Aufnahmeprogramme in den jeweiligen Bundesländern und Kommunen/Gemein-  
12 den gibt. Ebenso soll aktiv gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung  
13 vorgegangen werden, in dem nicht nur öffentliche Solidarität bekundet wird, son-  
14 dern auch konkrete Patenschaften übernommen werden. Ein weiterer Punkt ist  
15 die Vernetzung der sicheren Häfen untereinander, nicht nur in Deutschland, son-  
16 dern auch mit ähnlichen Organisationen und Netzwerken in ganz Europa.

17  
18 Die Voraussetzungen und Handlungen an einen sicheren Hafen sind nicht bin-  
19 dend. Das bedeutet, dass auch eine öffentliche Solidaritätsbekundungen für den  
20 Status eines sicheren Hafens ausreichen.

21 Forderungen wie die Aufnahme von aus Seenot gerettete Menschen über die  
22 Quote hinaus (wozu sich die Region bereit erklärt, die Stadt jedoch nicht), aktive  
23 Unterstützung der zivilen Seenotrettung durch Patenschaften oder die Unterstüt-  
24 zung von Aufnahmeprogrammen werden derzeit von der Region Hannover fak-  
25 tisch nicht umgesetzt, da sie sich nicht dazu verpflichtet haben.

26 Diese Tatsache lässt den Schluss zu, dass der Status eines sicheren Hafens in die-  
27 sem Fall mehr Schein als Sein ist und zur reinen Symbolpolitik dient.

28 Dieses Vorgehen können wir als Unterstützer\*Innen der zivilen Seenotrettung  
29 nicht gutheißen. Ein sicherer Hafen muss mehr sein, als eine Pressemitteilung.

30

31 **Deshalb fordern wir die Region Hannover auf...**

- 1
- 2 - ...dem Bundesinnenministerium und dem Bundesamt für Migration mitzu-
- 3 teilen, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen, über ihre Quote hin-
- 4 aus
- 5 - ...die Debatte über ein Aufnahmeprogramm für Geflüchtete bei der nieder-
- 6 sächsischen Landesregierung voranzutreiben
- 7 - ...ein menschenwürdiges Ankommen in der Kommune/Gemeinde sicherzu-
- 8 stellen. Das bedeutet eine medizinische Versorgung und eine menschen-
- 9 würdige Unterbringung. Wir brauchen hier eine selbstverständliche und
- 10 umgehende Umsetzung dieser Forderungen
- 11 - ...eine Vernetzung mit anderen sicheren Häfen vorzubringen und eine
- 12 enge Zusammenarbeit der sicheren Häfen auf nationaler und europäischer
- 13 Ebene zu schaffen

## **B – Bildung, Schule und Hochschule**

### **B1: Demokratie Zukunft geben – Umdenken im schulischen Politikunterricht**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Springe

**Weiterleitung:** Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

---

- 1 Wir fordern, dass der Politikunterricht in niedersächsischen Schulen „neu“ gedacht
- 2 wird. Zuerst sollte das bestehende Fach Politik-Wirtschaft umgestaltet werden und
- 3 ein solcher Politikunterricht sollte sich im Vordergrund mit den Möglichkeiten zur
- 4 politischen Partizipation auseinandersetzen. Dabei sollte der Aspekt der kommunalen
- 5 Politik vor allem im Vordergrund stehen. Politisch inhaltliche Diskussion sollten
- 6 auch vertieft Einzug im Politikunterricht erhalten.

#### **Begründung**

Die aktuelle Gestaltung des Politik-Wirtschaft Unterrichtes trägt stark zur Entfremdung von Politik bei. Oft wird über abstrakte Dinge im bundes- oder landespolitischen Zusammenhang gesprochen. Dabei sollte doch im Vordergrund stehen die Schüler\*innen politisch zu bilden.

So sollten die Schüler\*innen zu aller erst lernen, welche Möglichkeiten jeder Bürger in einer Demokratie hat und wie diese Möglichkeiten genutzt werden können, um Demokratie zu leben. Eine solche Betrachtung würde in den Schülern aus unserer Sicht ein deutlich anderes Gefühl hervorrufen. Anstatt zu lernen, was in Berlin passiert, lernen die Schüler\*Innen welche Möglichkeiten Ihnen geboten sind, um aktiv Ideen in die Gesellschaft einzubringen. Darüber hinaus sollen die Lerninhalte in einen Schulfach Politik deutlich definiert werden. In der Realität sieht es leider so aus, dass viele Lehrer\*Innen den Politik-Wirtschaft Unterricht nutzen, um Inhalte zu erarbeiten, wie das Praktikum oder Methodenarbeit. Diese Zeit die dabei verloren geht, ist aber sehr wichtig und sollte genutzt werden um Schüler\*Innen politisch zu bilden.

Immer wieder berichten die Medien davon, dass viele Jugendliche kein Interesse an Kommunalpolitik haben, oder vielmehr nicht wissen, was der Stadtrat ist. Dieses Phänomen tritt unter anderen auf, da im Politik-Wirtschaft Unterricht häufig



die Bundespolitik und Landespolitik betrachtet wird. Die Lokalpolitik, die eigentlich doch sehr wichtig ist, wird dabei meist komplett außer Acht gelassen. Doch gibt es so viele Möglichkeiten sich kommunalpolitisch einzubringen und Schüler\*innen sollten darüber aufgeklärt werden. Bezogen auf die Kommunalpolitik haben alle Bürger\*Innen eine Meinung.

Unser Schulsystem hat die Pflicht Schüler\*Innen zu lehren, wie diese Meinung auch in Taten umgesetzt werden kann. Wie gerade beschrieben haben alle Bürger\*Innen eine politische Meinung. Politikunterricht in der Schule hat daher die wichtige Aufgabe Schüler\*Innen zu lehren, wie das eigene Argument sachlich dargelegt werden kann. Daher sollten im Politikunterricht des Öfteren politische Diskussionen zu verschiedenen Themen stattfinden, um Schüler\*Innen darin zu bestärken politisch zu partizipieren.

Ein Besuch im Niedersächsischen Landtag sollte für alle Schulen in der Region Hannover in der neunten Klasse Pflicht sein.

## **B2: Die konservative Forschungspolitik muss enden! Für eine Reform von Embryonenschutz- und Stammzellgesetz.**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Nordstadt

**Weiterleitung:** Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

---

1 Als Jusos stehen wir fest hinter Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit und hinter  
2 dem Versprechen des medizinischen Fortschritts, Heilung durch Forschung zu  
3 ermöglichen. Erhebliches Potential bietet dabei die Forschung an embryonalen  
4 Stammzellen. Im Gegensatz zu vielen anderen Industrienationen ist die deutsche  
5 Gesetzgebung hier jedoch von einem starren Konservatismus zugunsten des  
6 angeblich "ungeborenen Lebens" geprägt. Der Gewinnung embryonaler  
7 Stammzellen wird mit dem Strafrecht begegnet, die Freiheit der Wissenschaft wird  
8 eingeschränkt, aus Angst vor wissenschaftlichem Rückstand aber der Import von  
9 embryonalen Stammzellen in Ausnahmen erlaubt. Wir wollen eine grundsätzliche  
10 Abkehr von dieser konservativen Wissenschaftspolitik und  
11 Fortschrittsfeindlichkeit, die sich beispielsweise im Embryonenschutzgesetz und  
12 dem Stammzellgesetz äußert. Sie führt zu einer unverhältnismäßigen  
13 Einschränkung der grundgesetzlich verankerten Wissenschaftsfreiheit, einer  
14 Kriminalisierung von Forscher\*innen und einer Einschränkung von  
15 Therapiemöglichkeiten. Sie basiert auf den gleichen Annahmen wie die  
16 Kriminalisierung von abtreibenden Personen oder Ärzt\*innen, die Abtreibungen  
17 anbieten. Deshalb gehören das Embryonenschutzgesetz und Stammzellgesetz in  
18 ihren Grundsätzen reformiert.

19

20 Wir fordern:

- 21 - die grundsätzliche Legalisierung der Gewinnung von embryonalen  
22 Stammzellen bis zu 14 Tage nach der Befruchtung (in Anlehnung an bspw.  
23 die belgische Gesetzeslage) zu Forschungszwecken. Dies gilt mindestens für  
24 überzählige In-vitro-Embryonen, die ohnehin keine Chance mehr auf  
25 reproduktive Verwirklichung haben.
- 26 - Eine solche Verwendung von Embryonen darf nur unter Einwilligung der  
27 Spender\*innen des biologischen Materials erfolgen.
- 28 - eine Einzelfallprüfung bei älteren Embryonen durch das Robert-Koch-  
29 Institut (RKI) als zuständige Aufsichtsbehörde

- 1 - die Behandlung von Verstößen als Ordnungswidrigkeit und dadurch eine  
2 Entkriminalisierung von Stammzellforscher\*innen  
3 - die Legalisierung von therapeutischem Klonen (nicht aber reproduktivem  
4 Klonen!) bei entsprechender Aufsicht und Lizenzierung durch das RKI, falls  
5 begründete Forschungsvorhaben mit überzähligen in-vitro-Embryonen  
6 nicht zu realisieren sind. Es gilt die oben aufgeführte zeitliche  
7 Beschränkung.  
8  
9 Forscher\*innen sollen sich Gedanken darüber machen, wie sie zur Heilung von  
10 Menschen beitragen können, und nicht, wie sie vermeiden können, sich strafbar  
11 zu machen. Deshalb muss Deutschland endlich eine Abkehr von der konservativen  
12 Forschungspolitik der letzten Jahrzehnte vollziehen!

### **Begründung**

Seit ihrer Entdeckung 1981 in Mäusen und 1998 in Menschen sind embryonale Stammzellen Gegenstand eines Streit zwischen Lebensschützer\*innen auf der einen und Wissenschaftler\*innen auf der anderen Seite. Der Konflikt entlädt sich an ähnlich grundsätzlichen Fragen wie in der Debatte um Abtreibungen: Auf der einen Seite wird die Würde des ungeborenen Lebens ab dem Tag der Befruchtung beschworen, auf der anderen Seite wird die Selbstbestimmung der gebärenden Person (beim Thema Abtreibungen) bzw. die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Forschung und Wissenschaft geltend gemacht. Zusätzlich zum Verfassungsgut der Wissenschaftsfreiheit kommen Nützlichkeitsargumente hinzu, die zurecht auf das enorme Potential humaner embryonaler Stammzellen in der medizinischen Grundlagenforschung und in der therapeutischen Anwendung verweisen. Das Feld möglicher Anwendungsbereiche reicht von der Heilung chronischer Wunden bis zu Parkinson oder dem regenerativen Einsatz nach Herzinfarkten. Stammzellen sind seit ihrer Entdeckung zu einem zentralen Gegenstand der regenerativen Medizin geworden. Diese Potential ist noch lange nicht ausgeschöpft und benötigt, insbesondere hinsichtlich der klinischen Anwendung, weiterhin intensive Forschung.

Hintergrund der ethischen Debatte ist, dass humane embryonale Stammzellen aus der inneren Zellmasse von Embryonen (ca. sechs Tage nach der Befruchtung) während der frühen Embryonalentwicklung gewonnen werden. In vielen Fällen geht das mit der Zerstörung des Embryos einher.

## Rechtliche Situation in Deutschland

In Deutschland ergibt sich die rechtliche Situation der Stammzellforschung vor allem aus dem Embryonenschutzgesetz und dem Stammzellgesetz. Das Embryonenschutzgesetz stammt historisch aus dem Kontext der künstlichen Befruchtung und verbietet strafrechtlich die fremdnützige Gewinnung von Embryonen. Sprich: Embryonen dürfen im Labor lediglich erzeugt werden, um sie zur künstlichen Befruchtung einzusetzen. Auch übrig gebliebene, nicht verwendete befruchtete Eizellen, die bei der künstlichen Befruchtung nahezu immer anfallen, dürfen nicht für andere Zwecke wie beispielsweise die Forschung verwendet werden. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass der Embryo ab dem Zeitpunkt der Befruchtung als menschliches Leben zu betrachten ist und dementsprechend seine Menschenwürde geschützt werden muss. Das Embryonenschutzgesetz verbietet ebenfalls das Klonen, sowohl das regenerative Klonen (zur Klonung des Individuums) als auch das therapeutische Klonen (zu Forschungszwecken wie beispielsweise zur Gewinnung von Stammzellen, nicht aber zur Klonung des Individuums). Auch das Verbot der Eizellenspende, der Embryonenspende und der Leihmutterschaft sind im Embryonenschutzgesetz verankert.

Da das Embryonenschutzgesetz einige Unklarheiten lässt, ob nur die Gewinnung von embryonalen Stammzellen oder auch der Import embryonaler Stammzellen aus dem Ausland verboten ist, hat der Bundestag 2002 das Stammzellgesetz verabschiedet. Das Gesetz verbietet strafrechtlich die Einfuhr und Verwendung embryonaler Stammzellen, lässt aber eine Ausnahme zu: Embryonale Stammzellen, die vor einem Stichtag gewonnen worden sind, dürfen importiert und zu Forschungszwecken verwendet werden. Diese Regelung stellt einen Kompromiss dar, um die deutsche Stammzellforschung nicht vollständig trockenzulegen, aber gleichzeitig zu verhindern, dass der deutsche "Markt" im Ausland Anreize zur Gewinnung embryonaler Stammzellen schafft. Der Stichtag war ursprünglich der 1. Januar 2002, lag also vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, musste 2008 jedoch auf den 1. März 2007 verschoben werden, da sich der Forschungsstand inzwischen erheblich weiterentwickelt hatte, deutsche Wissenschaftler\*innen darauf jedoch keinen Zugriff hatten. Völlig offensichtlich ist: Das Verschieben des Stichtags ist keine Lösung des zugrundeliegenden Problems. Das Problem wird lediglich aufgeschoben, um eine erneute Grundsatzdebatte zu vermeiden. Angesichts der wissenschaftlichen Dynamik kann eine solchen Fristenlösung nicht dauerhaft bestehen, sondern muss

zwangsläufig in ein nahezu regelmäßiges Verschieben der Frist münden, was die eigentliche Zielsetzung des Gesetzes völlig konterkariert.

### **Der internationale Vergleich zeigt Deutschlands konservative Gesetzeslage**

Deutschland hat für einen westlichen Staat eine auffällig restriktive Gesetzeslage. Der internationale Rechtsvergleich zeigt, dass die Tendenz zumindest zu einer Zulassung von überzähligen Embryonen aus der künstlichen Befruchtung für die Stammzellforschung geht. Belgien, Dänemark und England machen die Verwendung zu Forschungszwecken beispielsweise vom Alter des Embryos abhängig. Bis zu 14 Tage nach der Befruchtung darf dies erfolgen. Damit ist die Gewinnung embryonaler Stammzellen möglich, aber die künstliche Entwicklung des Embryos wird stark limitiert. Die Frage, ob Embryonen auch künstlich erzeugt werden dürfen, um dann aus ihnen Stammzellen zu Forschungs- oder therapeutischen Zwecken gewinnen zu können (sogenanntes "therapeutisches Klonen"), ist umstritten. Während das Verbot von reproduktivem Klonen (also das künstliche Zeugen genetisch identischer Individuen) weitestgehend Konsens ist, lassen einige Länder das Forschungsklonen im regulierten Rahmen zu. Großbritannien hat hierbei die freizügigste Gesetzgebung, beschränkt die Forschung jedoch auf einen Zeitraum bis 14 Tage nach der Befruchtung. Entsprechende Forschungsvorhaben müssen außerdem von der zuständigen Aufsichtsbehörde lizenziert werden. In Belgien dürfen Embryonen zu Forschungszwecken erzeugt werden, wenn die Stammzellen aus überzähligen Embryonen dazu nicht ausreichen.

Im internationalen Vergleich zeigt sich daher, dass eine progressive Forschungspolitik und Gesetzeslage nicht nur möglich, sondern vielerorts schon Realität sind. Horrorszenarien von geklonten Menschen oder Designerbabys sind hingegen nicht eingetreten.

Für uns Jusos kann die gegenwärtige Gesetzgebung aus mehreren Gründen nicht befriedigend sein:

1. Im Konflikt zwischen sogenannten "Lebensschützer\*innen" und abtreibenden Personen haben wir uns immer mit letzteren solidarisiert. Die zugrunde liegende Prämisse ist, dass Embryonen nicht bereits ab dem Moment der Befruchtung die gleiche menschliche Würde innehaben wie geborene Personen und dass daher die Selbstbestimmungsrechte gebärender Personen für uns schwerer wiegen als die Rechte des Embryos.

Folgerichtig muss die Abwägung bei der Stammzellforschung die Freiheit von Forschung und Wissenschaft über die Rechte eines Embryos in seiner sehr frühen Entwicklungsphase stellen. Schließlich hängt an der Forschungsfreiheit nicht nur Forschung als Selbstzweck, sondern therapeutisches Potential für viele erkrankte Menschen. Ihre Heilungsaussichten mit dem Verweis auf die Rechte "ungeborenen Lebens" zu verschlechtern, kann mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar sein.

2. Das Embryonenschutzgesetz ist ein konservatives Gesamtpaket, das die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen beispielsweise durch das Verbot der Eizellenspende massiv beeinträchtigt. Dieses Paket muss aufgeschnürt und grundlegend reformiert werden.
3. Bei der künstlichen Befruchtung fallen ohnehin befruchtete Eizellen an, die nicht zur Befruchtung eingesetzt werden.
4. Die aktuelle Gesetzgebung ist in sich nicht schlüssig: Zwar wird einerseits die Gewinnung von embryonalen Stammzellen verboten, andererseits aber das Einfuhrverbot unter bestimmten Bedingungen ausgesetzt. Dieser Widerspruch verdeutlicht, dass es sich um einen halbgenen Kompromiss handelt.
5. Die Widersprüchlichkeit wird noch dadurch verstärkt, dass Deutschland auf europäischer Ebene das Forschungsprogramm Horizon 2020 mitfinanziert, das unter anderem auch die Forschung an embryonalen Stammzellen fördert, wenn die nationale Gesetzgebung dies erlaubt. Deutschland verbietet zwar die eigene Stammzellforschung, finanziert in anderen EU-Mitgliedstaaten aber selbige.
6. Die Gesetzgebung führt zur Kriminalisierung von Wissenschaftler\*innen. Nach Embryonenschutzgesetz droht für die "missbräuchliche Verwendung" von Embryonen bis zu 3 Jahre Haft, für das Klonen (regeneratives wie therapeutisches) sogar bis zu 5 Jahre Haft. Selbiges gilt für den Versuch. Theoretisch würde sich auch ein\*e ausländische\*r Wissenschaftler\*in strafbar machen, der sich beispielsweise in Deutschland bei einer Konferenz aufhält und währenddessen Anweisungen an sein Heimatlabor zur Gewinnung embryonaler Stammzellen erteilt. Forscher\*innen, die mit embryonalen Stammzellen Krankheiten bekämpfen wollen, strafrechtlich zu verfolgen und im schlimmsten Fall ins Gefängnis zu stecken, ist völlig unverhältnismäßig, insbesondere wenn man bedenkt, dass Deutschland wie oben dargestellt selbst die Gewinnung embryonaler Stammzellen in anderen Ländern mitfinanziert. Verstöße sollten daher zukünftig lediglich als Ordnungswidrigkeiten behandelt werden.

## **B3: Praktikumsregelungen für die Fachhochschulreife anpassen – Praktikant\*innen steht eine Vergütung zu!**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Linden-Limmer

**Weiterleitung:** Juso Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

---

- 1 Im Rahmen der Fachhochschulreife gibt es zwei Teile zu erfüllen: einerseits den
- 2 schulischen Teil, der durch den erfolgreichen Abschluss der 12. Klasse erfüllt ist,
- 3 andererseits den praktischen Teil. Dieser ist durch eine erfolgreich abgeschlos-
- 4 sene, durch Bundes- oder Landesrecht geregelte Berufsausbildung, durch ein
- 5 mindestens einjähriges geleitetes berufsbezogenes Praktikum oder durch Ableis-
- 6 tung eines einjährigen sozialen oder ökologischen Jahres, eines einjährigen Wehr-
- 7 oder Zivildienstes oder eines einjährigen Bundesfreiwilligendienstes erfüllt.
- 8 Während des praktischen Teils arbeiten die Praktikant\*innen oftmals Vollzeit im
- 9 Betrieb, dennoch steht ihnen laut den Regelungen der Fachhochschulreife weder
- 10 eine Vergütung entsprechend dem Mindestlohn noch eine Aufwandsentschädi-
- 11 gung zu. Es obliegt also dem Betrieb, ob er den Praktikant\*innen eine Entschädi-
- 12 gung zahlt. Wir finden, dass junge Menschen, die (oftmals) Vollzeit in einem Be-
- 13 trieb arbeiten genauso einen Anspruch auf eine Bezahlung haben.
- 14
- 15 Wir fordern die Landesregierung hiermit auf, dass die Praktikumsregelungen für
- 16 die Fachhochschulreife dahingehend geändert werden, dass den Praktikant\*in-
- 17 nen somit eine Vergütung entsprechend der Mindestausbildungsvergütung zu-
- 18 steht, da für die Fachhochschulreife ein einjähriges Praktikum und eine Ausbil-
- 19 dung gleichwertig sind.

## **B4: Leben retten gehört auf den Stundenplan!**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Vahrenwald-List

**Weiterleitung:** SPD-Unterbezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landeskonferenz

---

- 1 Wir fordern, dass an niedersächsischen Schulen in der Sekundarstufe I ein eintägiger Erste-Hilfe-Kurs verpflichtend in den Lehrplan aufgenommen wird.
- 2

### **Begründung**

In Deutschland erleiden jedes Jahr mindestens 50.000 Personen außerhalb eines Krankenhauses einen Herz-Kreislauf-Stillstand. Nur 10 Prozent der Betroffenen überleben. Wenn mehr Menschen unverzüglich Wiederbelebungsmaßnahmen einleiten würden, könnten sich die Überlebenschancen der Patient\*innen verdoppeln bis verdreifachen. Leider fühlen sich die meisten nicht sicher, wenn es um das richtige Verhalten im medizinischen Notfall geht und scheuen davor zurück, lebensrettende Erste-Hilfe-Maßnahmen zu ergreifen. Schätzungen zufolge könnten in Europa jedes Jahr mehr als 100.000 zusätzliche Leben gerettet werden, wenn Passant\*innen im Ernstfall sofort mit einer Herzdruckmassage beginnen würden. Daher ist es sinnvoll, so früh wie möglich für dieses Thema zu sensibilisieren. Auch junge Schüler\*innen können im Ernstfall durch korrektes Verhalten Leben retten. Mit einem Erste-Hilfe-Kurs, der von zertifiziertem Fachpersonal durchgeführt werden würde, könnte man dabei helfen, diese Kompetenzen schon sehr früh zu vermitteln und dafür zu sorgen, dass sich das Selbstbewusstsein junger Menschen, die in eine Notfallsituation gelangen, deutlich steigert und damit auch ihre Bereitschaft, zu helfen.



## D – Digitales & Medien

### D1: Diskriminierung in der Werbung bekämpfen

**Antragssteller\*innen:** Jusos MOZ

**Weiterleitung:** Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagfraktion

---

- 1 Die Jusos fordern die Möglichkeit für den deutschen Werberat effektiv gegen dis-
- 2 kriminierende Werbung vorzugehen.
- 3 Konkret soll es dem Werberat möglich sein, diskriminierende Werbung nicht nur
- 4 zu rügen, sondern auch zu verbieten. Zusätzlich fordern wir Geldstrafen für Un-
- 5 ternehmen, die wiederholt diskriminierende Werbung schalten.

#### **Begründung**

Sexistische oder auch rassistische Werbung ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Frauen\*körper werden benutzt, um Werbung für ein Produkt zu machen, welches in keiner Weise mit Frauen\* in Verbindung gebracht werden kann. Auch in 2020 gilt „Sex sells“, aber nicht nur eine Darstellung von Frauen\*körpern, sondern auch die Reproduktion von Stereotypen wird von Werbung betrieben. Frauen\*, die in der Küche stehen und sich um die Kinder kümmern, während die Männer\* mit großen Autos fahren.

Die Marke „true fruits“ hat in ihrer Werbung für einen schwarzen Smoothie getitelt „der einzige Schwarze, der noch über die Grenze kommt“. Eine bewusst provozierende und diskriminierende Aussage, die auf jede dieser Smoothieflaschen gedruckt wurde.

Für uns kann es nicht ausreichend sein, dass solche Werbung nur gerügt wird und es einen kleinen medialen Aufschrei gibt, es muss effektive Mittel geben, gegen solche Werbung vorzugehen und diese auch verbieten zu können.

## E – Europa & Internationales

### E1: Keine Solidarität mit dem Terror!

**Antragssteller\*innen:** Jusos Nordstadt

**Weiterleitung:** Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

---

1 Am 3. Januar 2020 wurde Qasem Soleimani durch eine US-amerikanische Drohne  
2 in Bagdad getötet. Seitdem ist eine Diskussion über die Konfliktlage im Nahen  
3 Osten entbrannt und oft wird behauptet, dass die Unberechenbarkeit des US-  
4 Präsidenten Donald Trump an der Eskalation schuld sei. Der Iran antwortete mit  
5 martialischen Drohungen und Attacken auf US-amerikanische Militärbasen und  
6 mit dem unbeabsichtigten Abschuss eines Passagierflugzeugs. Das irakische  
7 Parlament fordert den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak, was den  
8 iranischen Einfluss weiter stärken würde. Für uns steht jedoch fest: Krieg und  
9 Eskalation herrschen in der Region nicht erst seit der Tötung Soleimanis. Im  
10 Gegenteil: Soleimani ist einer der Hauptverantwortlichen für das Sterben im  
11 Nahen Osten.

12

#### 13 **Qasem Soleimani und die Al Quds Brigaden: Architekten des Terrors**

14

15 Qasem Soleimani war bis zu seinem Tod Kommandeur der Al-Quds-Brigaden und  
16 damit direkt dem iranischen Revolutionsführer und Staatsoberhaupt Ali  
17 Chamenei unterstellt. Er wurde als zweitmächtigster Mann des Irans gehandelt.  
18 Seine Brigaden, ein Teil der Iranischen Revolutionsgarde, dienen offiziell dem  
19 Export der Iranischen Revolution in der Region und bilden eine Spezialeinheit für  
20 extraterritoriale Aktionen. Ganz konkret heißt das, dass die Quds-Einheiten pro-  
21 iranische Milizen unter anderem in Syrien, im Irak, im Libanon, im Gazastreifen  
22 (Teile der Hamas und Islamischer Dschihad) und im Jemen mit Ausbildung, Waffen  
23 und Finanzierung unterstützt. Faktisch war Qasem Soleimani der Kommandeur  
24 eines ganzen Netzwerks aus iranischen Terroragenten im Ausland. Diese Stärkung  
25 und Steuerung von Milizen trägt zur Destabilisierung der Region bei und  
26 verhindert beispielsweise im Irak die Wiederrichtung eines staatlichen  
27 Gewaltmonopols. Qasem Soleimani als Architekten des Terrors zu bezeichnen, ist  
28 keine propagandistische Deutung: Angriffe auf amerikanische Militärbasen, auf  
29 die US-Botschaft in Bagdad und auf Israel legen Zeugnis vom Terror ab, den das

1 iranischen Expansionsstreben erzeugt. Der Iran will durch nicht-staatliche Milizen  
2 seine Nachbarländer unterwandern und eine Vormachtstellung in der Region  
3 erringen. Soleimani war der Kopf hinter dieser Strategie.

4

#### 5 **Der schiitische Halbmond trauert? Eine Verzerrung der Wirklichkeit.**

6

7 Seit seiner Tötung sind Medienberichte und politische Kommentare voll mit der  
8 Behauptung, die „schiitische Welt“ trauere um Soleimani. Es werden Aufnahmen  
9 von Menschenmengen im Iran und Irak gezeigt, die „Tod Amerika“ und „Tod Israel“  
10 fordern. Vergessen werden die vielen tausend Menschen, die bis vor kurzem im  
11 Irak gegen den Einfluss des Iran und für die Souveränität ihres Staates  
12 demonstriert haben (unabhängig von ihrer Konfession). Vergessen werden auch  
13 die Demonstrant\*innen im Iran, die gegen ein korruptes, islamistisches Regime  
14 und die gegen katastrophalen Lebensbedingungen als Folge der iranischen  
15 Machtpolitik demonstriert haben. Vor allem wird vergessen, dass diese vielen  
16 Menschen unter Gefährdung ihres Lebens demonstriert haben: Iranische  
17 Sicherheitskräfte und vom Iran gesteuerte Milizen im Irak töteten hunderte  
18 Demonstrant\*innen, tausende wurden verletzt und verhaftet. Der Kopf hinter  
19 diesem Terror gegen die iranische und irakische Bevölkerung: Qasem Soleimani.  
20 Für uns steht fest: Wir stehen fest und solidarisch an den demokratischen  
21 Bestrebungen im Iran und im Irak. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht länger die  
22 Propaganda des iranischen Regimes verbreitet wird, sondern die Perspektive der  
23 unterdrückten Zivilgesellschaften in den Vordergrund rückt.

24

#### 25 **Die Drohne ist nicht die Wurzel des Übels**

26

27 Häufig werden die USA für die Eskalation im Nahen Osten verantwortlich gemacht.  
28 Kritisiert werden kann mit Recht, dass die Tötung Soleimanis im Irak stattfand und  
29 den Irak in den Konflikt hineingezogen hat. Dass der Iran mit seinen verbündeten  
30 Milizen diese Eskalation bereits lange vorantreibt, wird jedoch von vielen Seiten  
31 ignoriert. In diesem Zug wirft die iranische Regierung den USA vor, gegen das  
32 Völkerrecht mit seinen Drohnenangriffen zu verstoßen. Mag dieser Vorwurf  
33 rechtlich betrachtet auch korrekt sein: Die Drohne ist nicht die Wurzel des Übels –  
34 sie ist die Konsequenz aus Jahren der asymmetrischen Kriegsführung, die  
35 maßgeblich vom Iran betrieben wird. Die klassischen Regeln der Kriegsführung  
36 werden von einem Iran ausgehebelt, der über nicht-staatliche Milizen nicht-  
37 staatliche Kriege führt. Von einem Iran, der seine Milizen zum Sturm auf die US-  
38 Botschaft aufhetzt und der unter dem fadenscheinigen Deckmantel verbündeter

1 Terrororganisationen Israel beschießt. Von einem Iran, der als bewusste Strategie  
2 die Grenze zwischen Krieg und Frieden verwischt. Diese Strategie wurde von  
3 Qasem Soleimani perfektioniert. **Eine Glaubwürdigkeit des Völkerrechts im**  
4 **Nahen Osten kann nur erreicht werden, wenn die die verdeckte**  
5 **Kriegsführung des Irans und weiterer Staaten endet. Die Geltung des**  
6 **Völkerrechts auch im Nahen Osten ist unser Ziel.**

7

## 8 **Terror auch innerhalb der iranischen Grenzen**

9

10 Bei der Betrachtung des iranischen Vormachtstrebens darf nicht vergessen  
11 werden, dass der Iran nicht nur nach außen, sondern auch innen brutal agiert.  
12 Auch wenn sich der Iran als Islamische Republik bezeichnet, ist er faktisch ein  
13 diktatorisches Regime. Gewählt werden kann nur, wer von der Geistlichkeit  
14 zugelassen wird – wirkliche Alternativen zur amtierenden Clique stehen gar nicht  
15 erst zur Wahl. Es spricht Bände, dass Präsident Rohani in der politischen  
16 Landschaft des Iran als „gemäßigt“ gilt. Homosexualität wird im Iran mit dem Tode  
17 bestraft. Oppositionelle werden unterdrückt. Frauen werden – beispielsweise  
18 durch den Kopftuchzwang und andere Vorschriften – massiv in ihrer  
19 Lebensführung eingeschränkt und benachteiligt. Die außenpolitischen Abenteuer  
20 des Regimes verschlucken Unsummen an Geld, während die Armut und Inflation  
21 im Land rasant ansteigen und viele Iraner\*innen unter katastrophalen  
22 Bedingungen leben. Gleichzeitig schaffen es einzelne Gruppen, sich massiv zu  
23 bereichern: Die Revolutionsgarden sind nicht nur ein entscheidender Bestandteil  
24 des Unterdrückungsapparats, sondern auch wirtschaftlich aktiv. Sie sind das  
25 größte Unternehmen des Landes! Sie zahlen keine Steuern, keine Zölle und  
26 werden bei staatlichen Großaufträgen bevorzugt. **Außenpolitische**  
27 **Militarisierung und innenpolitische Bereicherung sind im Iran zwei Seiten**  
28 **der gleichen Medaille, während die iranische Bevölkerung Not leidet.**

29

30 Wir kritisieren, dass seit der Tötung Soleimanis von vielen Seiten die Kritik an dem  
31 US-amerikanischen Vorgehen lauter war, als die Kritik an den iranischen  
32 Expansionsgelüsten. Bei allen berechtigten Diskussionen über die richtige  
33 Strategie stehen wir dennoch solidarisch an der Seite unserer transatlantischen  
34 Partner\*innen. Wir stehen außerdem an der Seite aller Menschen, die im Nahen  
35 Osten für Freiheit und Demokratie eintreten. Die deutsche Außenpolitik muss  
36 endlich wieder Werte über Profite stellen. Der Wunsch nach Dialog und  
37 Verständigung darf nicht mit dem Ausverkauf der Rechte der Menschen im Nahen  
38 und Mittleren Osten, nicht auf dem Rücken der Sicherheit Israels und nicht mit

- 1 Kleinbegeben gegenüber Diktaturen finanziert werden. Unser Ziel muss die
- 2 Errichtung einer stabilen Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten auf der Basis des
- 3 Völkerrechts sein. **Keine Solidarität mit dem Terror!**

## **E2: Neue Akzente in der deutschen und europäischen Lateinamerika-Politik**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Nordstadt

**Weiterleitung:** Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

---

1 Wir Jusos fordern, dass die Länder Lateinamerikas wieder stärker in den Fokus der  
2 deutschen und europäischen Außenpolitik rücken. Dazu gehört für uns, dass eine  
3 engere kulturelle, bildungspolitische, wirtschaftliche und diplomatische Zusam-  
4 menarbeit gibt. Gegenwärtig spielt Lateinamerika eine untergeordnete Rolle in  
5 der deutschen Außenpolitik. Wir fordern, dass die Bundesrepublik Deutschland  
6 und die Europäischen Union trotz ihrer vielfältigen Wirtschafts- und Handelsbe-  
7 ziehungen eine eigenständige, strategische und wertgeleitete Politik für Latein-  
8 amerika entwickeln.

9

10 Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Geschichte und natürlichen Randbedingun-  
11 gen teilen die lateinamerikanischen Staaten vergleichbare Entwicklungen und Er-  
12 fahrungen. Daher können große politische Linien Teil eines Konzeptes für eine  
13 neue Lateinamerika-Politik sein. Dennoch muss klar sein, dass jeder Staat Latein-  
14 amerikas eine einzigartige Geschichte und Kultur hat, die in einer Außenpolitik der  
15 Bundesrepublik und der EU zu berücksichtigen sind.

16

17 Kultureller Austausch kann dazu beitragen das Verständnis zwischen Menschen  
18 unterschiedlicher Herkunft zu verbessern. Daher fordern wir die kulturelle Zusam-  
19 menarbeit zu intensivieren und zu verstärken. Dazu gehört eine Auseinanderset-  
20 zung mit der Geschichte und den Lebensrealitäten der Menschen Lateinamerikas.  
21 Dieser Austausch kann bereits auf der lokalen Ebene stattfinden.

22 Kontakte zwischen Vereinen vor Ort können gefördert werden, um auf beiden Sei-  
23 ten des Atlantiks Menschen direkt zu erreichen und zu sensibilisieren. Um trotz  
24 begrenzter öffentlicher Mittel den kulturellen Austausch mit Lateinamerika zu ver-  
25 stärken können wie bei der Einrichtung des deutsch-französischen Kulturinstitus  
26 in Brasilien Synergien intelligent genutzt werden.

27

28 Während die Werte des Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Natio-  
29 nen für die Staaten Lateinamerikas eine sehr positive Tendenz aufweisen – alle  
30 Länder sind 2018 als hoch oder sehr hoch entwickelt eingestuft – prägt eine starke

1 Ungleichheit die sozialen Verhältnisse. Gerade die indigene Bevölkerung, Men-  
2 schen afrikanischer Herkunft und Frauen sind von starken Diskriminierungen und  
3 Ausgrenzung betroffen. Hier sollte die deutsche und europäische Zusammenar-  
4 beit ansetzen um soziale Gerechtigkeit und die Verwirklichung aller Menschen-  
5 rechte zu fördern. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt so zum Beispiel  
6 bereits den Friedensprozess in Kolumbien. Doch auch in anderen Lateinamerika-  
7 nischen Staaten sind Geschichte und Gesellschaft von abgeschlossenen, aber  
8 nicht überwundenen Konflikten geprägt. Der Umgang der chilenischen Regierung  
9 mit den sozialen Protesten bedarf einer kritischen und gründlichen Aufarbeitung.  
10 Europäische und deutsche Unterstützung können diese Prozesse begleiten und  
11 beraten.

12  
13 Traditionell hat Deutschland seit je her gute und langfristige Handelsbeziehungen  
14 nach Lateinamerika. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann aber noch ver-  
15 stärkt werden, auch um den lateinamerikanischen Staaten ein demokratisches  
16 Gegenangebot zum wirtschaftlichen Engagement der Volksrepublik China zu ma-  
17 chen. Angesichts der Digitalisierung sind die Rohstoffvorkommen Lateinamerikas  
18 von hoher Relevanz für das globale Wachstum. Bei der Förderung der Ressourcen  
19 – auch zugunsten Europas – muss sichergestellt werden, dass die Wertschöpfung  
20 zu großen Teilen in Lateinamerika erfolgen kann und die wirtschaftliche Entwick-  
21 lung die soziale Spaltung des Kontinentes nicht weiter verstärkt, sondern ihr ent-  
22 gegenwirkt. Bei allen Aktivitäten müssen die deutsche und europäische Wirt-  
23 schafts- und Handelspolitik auf Nachhaltigkeit achten. Dies umfasst die Achtung  
24 der Menschenrechte, gute Arbeit, den Schutz der Umwelt und natürlichen Res-  
25 sourcen. Unter diesen Gesichtspunkten ist auch das Freihandelsabkommen mit  
26 den Mercosur-Staaten zu bewerten, anzupassen und ggf. auszusetzen. Des weite-  
27 ren hat auch das Land Niedersachsen eine besondere Verantwortung gegenüber  
28 Lateinamerika. Der Volkswagen-Konzern betreibt zur Zeit Werke in Argentinien,  
29 Brasilien und Mexiko. Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, ih-  
30 ren Einfluss durch die Beteiligung bei VW auch dafür zu nutzen, um die Achtung  
31 von Menschenrechte, die Repräsentant indigener Belegschaften und den Umwelt-  
32 schutz auch bei den Aktivitäten in Lateinamerika zu stärken. Die Firmenpolitik VWs  
33 darf sich nicht demokratisch fragwürdigen Regierungen anbieten.

34 Zuletzt soll der wesentlich Aspekt der Außenpolitik betrachtet werden, die diplo-  
35 matischen Beziehungen. Lateinamerika hat, trotz vieler positiven Entwicklungen  
36 in den Jahren seit 2000, ein Roll-back erlebt. Staaten wie Venezuela versinken in  
37 Korruption, bürgerkriegsähnlichen Zuständen und Armut. Es wurde zu einem  
38 Staat der seine eigenen Bürger\*innen leiden lässt und dabei

1 im Namen des Sozialismus unter brutaler Herrschaft einer kleinen eingeschwo-  
2 renen Gruppe an Herrschenden nutzt. Die dadurch ausgehöhlte Legitimität der Re-  
3 gierung wurde geschickt durch eine reaktionäre und rechte Opposition genutzt,  
4 die vor allem Kapitalinteressen vertritt. Die EU und die Bundesrepublik Deutsch-  
5 land haben sich in diesem innerstaatlichen Konflikt sehr unglücklich positioniert  
6 und engagiert. Die Diplomatie und Außenpolitik sollten in erster Linie darauf hin-  
7 wirken die humanitäre Lage zu verbessern und einen rechtsstaatlich adäquaten  
8 Übergang zu unterstützen.

9 Mit großer Sorge nehmen wir ebenfalls die Entwicklungen in Bolivien wahr. Auch  
10 hier hat die amtierende sozialistische Regierung Grundsätze der freien Wahlen  
11 und Meinungsäußerungen verletzt, wenngleich nicht in annähernd mit dem Zu-  
12 stand Venezuelas vergleichbar. Eine von weißen Evangelikalen geprägte Gegenbe-  
13 wegung zu Evo Morales Sozialist\*innen versucht nun die Herrschaft zu erringen  
14 und spart dabei nicht an rassistischen Ressentiments gegen die indigene Bevölke-  
15 rung. Bereits jetzt wird von massiver (Polizei)gewalt gegen Anhänger\*innen Mo-  
16 rales und Indigene berichtet.

17 Seit der Wahl des rechtsextremen Jair Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens, ent-  
18 wickelt sich das Land in die falsche Richtung, besonders was den Umweltschutz,  
19 die Rechte von Minderheiten und die demokratischen Institutionen betrifft. Die  
20 ohnehin schon hohe Zahl der Toten durch Polizeieinsätze in den Favelas ist rapide  
21 angestiegen und die Erfolge in der Armutsbekämpfung drohen rückgängig ge-  
22 macht zu werden.

23 Deutschland und Europa müssen diesen beispielhaften Entwicklungen des letzten  
24 Jahres auf der großen politischen Bühne entgegenwirken. Man muss dort wo es  
25 geht, Organisationen fördern und schützen, die diesen teils menschenverachten-  
26 den Entwicklungen unterbinden wollen und muss den Regierenden verdeutlichen,  
27 dass Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit auch in Lateiname-  
28 rika ein wichtiges Ziel sind. Wir Jusos fordern, dass ein Abweichen von diesen Prin-  
29 zipien und die Bereicherung einer kleinen Klientel auf Kosten der Bevölkerung  
30 nicht ohne Folgen bleiben dürfen. Unsere Solidarität gilt den Unterdrückten, den  
31 Kämpfer\*innen für Freiheit und Gerechtigkeit und den Genoss\*innen unserer  
32 Partnerorganisationen!



## **E3: Stoppt den kulturellen Genozid! Klare Haltung gegen Chinas Umerziehungslager.**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Nordstadt

**Weiterleitung:** Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

---

1 Mit den China Cables konnte das Internationale Netzwerk investigativer  
2 Journalist\*innen beweisen, was schon länger vermutet wurde: In der  
3 Volksrepublik China wird mit einem staatlichen Lagersystem gegen die  
4 Uigur\*innen und andere muslimische Minderheiten vorgegangen. Menschen  
5 werden ununterbrochen in ihrem Privatleben überwacht, mit Algorithmen  
6 bewertet und bei einem negativen Ergebnis in Umerziehungslager interniert.  
7 Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu eine Million Menschen in diesen Lagern  
8 festgehalten und indoktriniert werden.

9

10 Der chinesische Überwachungsstaat zeigt sich in den Umerziehungslagern  
11 unbestreitbar von seiner menschenverachtenden Seite. Menschen wird die  
12 Freiheit geraubt, weil sie religiös sind, weil sie Bärte tragen, weil sie zu oft die  
13 Hintertür ihres Hauses benutzen oder eine App auf ihrem Smartphone haben, die  
14 sie an Gebetszeiten erinnert. Expert\*innen kommen auf Basis der China Cables,  
15 die Geheimdokumente der chinesischen Regierung umfassen, zu einem klaren  
16 Ergebnis: Das Ziel der chinesischen Regierung ist ein kultureller Genozid. Die  
17 uigurische Kultur soll gewaltsam ausgelöscht werden. Die chinesische Politik  
18 gegen die Uigur\*innen ist jedoch nicht nur deshalb so schockierend, weil sie auf  
19 einer menschenverachtenden Homogenisierungsideologie fußt, sondern weil sie  
20 tatsächlich auch die Mittel hat, um dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehören vor  
21 allem die technischen Mittel, die eine nahezu uneingeschränkte Überwachung  
22 ermöglichen.

23

24 **Wo ist die Weltgemeinschaft? Sie hat weggeschaut.**

25

26 Obwohl die Offensive Pekings gegen die uigurische Minderheit bereits immer  
27 wieder diskutiert wurde, hat erst die Veröffentlichung der China Cables eine neue  
28 Dynamik in die Debatte um den staatlichen Terror Chinas gegen seine  
29 Bevölkerung gebracht. Dabei konnte es sogar Laien gelingen, die Lagerstrukturen  
30 zu erkennen: Sie waren bei Google Maps in Satellitenaufnahmen erkennbar. Es

1 muss also davon ausgegangen werden, dass westliche Geheimdienste absichtlich  
2 weggeschaut haben.

3

#### 4 **Deutsche und europäische Verantwortung**

5

6 Auch Deutschland trägt hier Verantwortung: Die deutsche Bundesregierung hat  
7 die Internierung einer Million Menschen ignoriert. Obwohl China nicht nur ein  
8 souveräner, sondern auch ein militärisch und ökonomisch mächtiger Staat ist, ist  
9 China kein unabhängiger Kosmos, der die Meinung der Weltgemeinschaft und  
10 anderer Wirtschaftsmächte ignorieren kann. Deutschlands Politik direkt  
11 gegenüber China, in der EU und in den Vereinten Nationen hat Einfluss auf die  
12 chinesische Politik. Diesen Einfluss gilt es zu nutzen.

13

#### 14 **Wir fordern...**

- 15 ● dass die deutsche Bundesregierung und der Deutsche Bundestag den  
16 kulturellen Genozid als solchen benennen und verurteilen
- 17 ● dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine  
18 wertebundene Handelspolitik gegenüber China einsetzt. Das heißt: Das  
19 Ende des Lagersystems fordern und diesen Forderungen notfalls auch mit  
20 Sanktionen Nachdruck verleihen!
- 21 ● die Europäische Union die Regeln für den Export von Dual-Use-Gütern,  
22 insbesondere von Informationstechnologie, die zur Überwachung  
23 verwendet werden kann, deutlich verschärft. Hierauf muss Deutschland in  
24 seiner EU-Ratspräsidentschaft 2020 hinwirken.
- 25 ● umfassende Sanktionierung von Unternehmen und Einzelpersonen, die  
26 sich an der Internierung oder Überwachung beteiligen. Das gilt auch für  
27 deutsche Unternehmen.
- 28 ● eine neue Strategie im Umgang mit der chinesischen Diktatur. Das muss  
29 auch den Umgang mit chinesischen Konzernen wie beispielsweise Huawei  
30 betreffen.

31

32 Deutschland und Europa dürfen nicht aus ökonomischem Eigeninteresse die  
33 Augen vor dem Gulag-System verschließen, das in China herrscht!

34

#### 35 **Solidarität mit Tashpolat Tiyp**

36

37 Tashpolat Tiyp ist Geograph und war Präsident der Xingjiang-Universität in  
38 Ürümqi. Auf dem Weg nach Deutschland zu einem Treffen mit

1 Kollaborationspartnern am Leibniz Institut für Angewandte Geophysik in  
2 Hannover verschwand er plötzlich spurlos. Sechs Monate später wurde ihm in  
3 einem chinesischen Propaganda-Video vorgeworfen, die Köpfe der Student\*innen  
4 zu vergiften, weil er zu viele uigurische Quellen verwendet habe. Im Video wird  
5 auch das Strafmaß verkündet: der Tod. Dieses Beispiel zeigt nicht nur die  
6 Absurdität und Willkür der Vorwürfe, die die chinesische Regierung erhebt. Es  
7 zeigt auch, dass die Deportationen selbst hier in Hannover noch spürbar sind.  
8 Menschen, mit denen man eben noch zusammengearbeitet hat, werden plötzlich  
9 verschleppt - für immer, wie zu befürchten steht. **Wir solidarisieren uns deshalb  
10 mit Tashpolat Tiyip und anderen Wissenschaftler\*innen, die vom  
11 chinesischen Staat terrorisiert werden, weil sie nicht bereit sind die Existenz  
12 der Uigur\*innen in ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu leugnen!**

13

#### 14 **Niedersächsische Verantwortung**

15

16 In der autonomen Region Xingjiang, in der sich die Umerziehungslager befinden,  
17 ist auch ein niedersächsischer Autohersteller präsent: Volkswagen unterhält in  
18 Urumqi ein Werk in erzwungener Kooperation mit einem chinesischen Hersteller.  
19 Das Werk in der abgelegenen Provinz ist wirtschaftlich kaum rentabel, dafür aber  
20 Teil eines Deals mit der chinesischen Regierung. Das Werk in Urumqi ist der Preis  
21 für profitable Werke an der chinesischen Ostküste. Volkswagen befindet sich  
22 damit räumlich in unmittelbarer Nähe zur Verfolgung und Internierung der  
23 Uigur\*innen, hat bis vor kurzem jedoch geleugnet, Kenntnis von einer solchen  
24 Politik zu haben. Das hatte beispielsweise der VW-Chef Heribert Diess noch im  
25 April bei der Shanghaier Automesse behauptet. Der ehemalige Konzernchef  
26 Winterkorn teilte Menschenrechtler\*innen sogar mit, dass er von solchen  
27 Vorwürfen nichts wissen wolle. Dabei sind ein Viertel der Mitarbeiter\*innen im  
28 Werk Angehörige von Minderheiten, ein Achtel sollen Uigur\*innen sein. Dabei die  
29 chinesische Politik zu übersehen, erfordert schon sehr viel Entschlossenheit. Es  
30 bleibt die bittere Erkenntnis: Menschen werden in Lager gesperrt und ein  
31 niedersächsischer Konzern verschließt davor die Augen.

32

33 Doch VW schaut nicht nur weg. Der Konzern ist auch eine Kooperation mit der  
34 Bewaffneten Volkspolizei eingegangen. Diese paramilitärische Organisation ist  
35 der maßgeblich durchführende Akteur hinter den willkürlichen Verhaftungen, den  
36 Lagern und der Zwangsarbeit. Das Abkommen sieht laut chinesischen  
37 Medienberichten militärisches Training und patriotische Erziehung für neue  
38 Werksmitarbeiter\*innen vor. VW bestreitet lediglich, dass militärisches Training

1 stattgefunden hat. Das Abkommen selbst nicht. Damit hat sich der Konzern nicht  
2 nur unwissend gestellt, sondern die Politik gegen Minderheiten in China aktiv  
3 unterstützt. Von einem Unternehmen, das sich in seinen Verhaltensgrundsätzen  
4 gegen Menschenrechtsverletzungen stark macht, ist mehr zu erwarten. Von einem  
5 Unternehmen, das eine Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit bei VW während  
6 des Nationalsozialismus unterhält, ganz besonders.

7

8 VW aber ist kein Unternehmen wie jedes andere auch. VW ist durch das  
9 gleichnamige Gesetz erheblich mit dem Land Niedersachsen verflochten, das 20,2  
10 Prozent der Aktien und damit eine Sperrminorität im Aufsichtsrat hält.  
11 Ministerpräsident Stephan Weil ist qua Amt Mitglied des VW-Aufsichtsrats. VW ist  
12 einer der wenigen Fälle, wo die Politik unmittelbaren Einfluss auf das  
13 wirtschaftliche Agieren eines Großkonzerns nehmen kann.

14

15 **Deshalb fordern wir die niedersächsische Landesregierung und den**  
16 **Ministerpräsidenten auf, Konsequenzen aus den Enthüllungen der China**  
17 **Cables zu ziehen und die Beteiligung von Volkswagen an der**  
18 **menschenverachtenden chinesischen Politik nicht länger zu dulden! Die**  
19 **Vertuschung muss aufhören, die Beteiligung des Konzerns muss**  
20 **systematisch aufgearbeitet werden und die Kooperation mit der**  
21 **Bewaffneten Volkspolizei beendet werden! Der kulturelle Genozid in China**  
22 **muss gestoppt werden.**

## **E4: Koalitionsvertrag und internationale Verpflichtungen einhalten – ODA Quote rauf!**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Nordstadt

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz; SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

---

1 Wir Jusos fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen  
2 Mitglieder der Bundesregierung auf, den Beschluss des Koalitionsvertrages mit  
3 CDU/CSU sowie die internationalen Zusagen der Bundesrepublik Deutschland  
4 hinsichtlich der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (auch: Official  
5 Development Assistance - ODA) einzuhalten.

6  
7 Denn obgleich die Fortschritte der menschlichen Entwicklung in den vergangenen  
8 Jahren sehr groß waren, bleiben immense Herausforderungen bestehen. Noch  
9 immer ist für signifikante Teile der Weltbevölkerung ein menschenwürdiges Leben  
10 mit ausreichend Nahrung, Wasser, Bildung, Gerechtigkeit und in Demokratie in  
11 weiter Ferne. Laut den Vereinten Nationen werden wahrscheinlich nur zwei der  
12 2015 von der Weltgemeinschaft beschlossenen "Ziele für Nachhaltige  
13 Entwicklung" bis zum Jahr 2030 erreicht.

14  
15 Der Handlungsbedarf ist also enorm und die Bundesrepublik Deutschland ist als  
16 eines der reichsten Länder dieser Erde in der Verantwortung zu einer gerechteren  
17 Verteilung des Wohlstandes in der Welt beizutragen. Doch selbst den  
18 selbstgesteckten Ansprüchen für Entwicklungszusammenarbeit wird die  
19 Bundesrepublik nicht gerecht

20  
21 Zum einen versprach die Bundesrepublik Deutschland bereits vor fast 50 Jahren,  
22 innerhalb der folgenden fünf Jahre ihre Mittel für die  
23 Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens zu  
24 erhöhen. Dieses Ziel wurde bisher lediglich im Jahr 2016 erreicht – weil bestimmte  
25 Ausgaben für Asylsuchende auf die ODA-Quote angerechnet werden konnten. Mit  
26 den folgenden Haushalten sank der Anteil wieder und lag für 2018 bei 0,61%  
27 (0,51% ohne Ausgaben für Asylsuchende).

28  
29 Darüber hinaus haben SPD, CDU und CSU in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart,  
30 dass die Mittel für "Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention,

1 humanitäre Hilfe, Verteidigung und Bundeswehr [...] im Verhältnis 1:1 prioritär  
2 erhöht werden“. Für die bisherigen Haushalte der großen Koalition wurde dieses  
3 Ziel nicht erreicht. Aufgrund einer veränderten Berechnung verzeichnet die ODA-  
4 Mittel von 2017 nach 2018 einen leichten Rückgang, während die Ausgaben für  
5 Verteidigung um 4 Prozent stiegen. Laut Berechnungen des NGO-Dachverbandes  
6 VENRO stehen mit dem Haushalt 2019 einem Wachstum von 12 Prozent im  
7 Verteidigungshaushalt gestiegene ODA-Mittel in Höhe von 6% gegenüber. Die  
8 Planung für den Haushalt 2020 lässt eine deutliche geringere Abweichung  
9 vermuten – wobei auch hier der Verteidigungsetat leicht stärker wächst als die  
10 Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und  
11 humanitäre Hilfe.

12  
13 Es ist an der Zeit, dass die Bundesrepublik Deutschland endlich ihrer  
14 Verantwortung für eine gerechte Welt, der Bekämpfung von Armut und der  
15 Linderung extremer Not im Umfang ihrer Leistungsfähigkeit nachkommt und ihre  
16 internationalen Verpflichtungen einhält.

## F – Feminismus

### F1: Weil Feminismus kein Selbstbedienungsladen ist – Verpflichtendes Antisexismus-Training für männliche Vorsitzende

**Antragssteller\*innen:** Jusos MOZ

**Weiterleitung:**

---

- 1  
2 Feminismus ist eine unserer drei Grundsäulen und wird oftmals trotzdem vernachlässigt. Feminismus ist etwas, was so "nebenbei" passiert, immer irgendwie  
3 mitgedacht werden soll und Frauen\*empowerment ist ein geflügeltes Wort in unserem Verband.  
4  
5  
6 Es besteht Einigkeit darüber, dass es in jeder Gliederung zu wenig Frauen\* gibt, dass wir uns darüber Gedanken machen müssen, wie wir junge Frauen\* besser in  
7 unsere politische Arbeit einbinden können.  
8  
9 Alles Punkte, die richtig und wichtig sind, wenn wir über Frauen\*empowerment sprechen. Genauso ehrlich müssen wir aber auch benennen, woran diese Arbeit  
10 oftmals scheitert oder nicht so erfolgreich verläuft, wie wir uns das wünschen würden. Die Tatsache, dass es auch in unseren Reihen ein Problem mit Sexismus und  
11 toxischer Männlichkeit gibt, muss hier als einer der Gründe genannt werden.  
12  
13 Das Kämpfen gegen patriarchale Strukturen ist keine Arbeit, die von Frauen\* alleine getragen werden kann und sollte. Gegen patriarchale Strukturen vorgehen,  
14 bedeutet auch, das eigene Verhalten zu reflektieren, sich über männliche Privilegien in unserer Gesellschaft bewusst zu werden und einzusehen, dass das Problem  
15 an fehlenden Frauen\* im Verband auch hausgemacht ist.  
16  
17  
18  
19 Statt immer nur zu reden, muss gehandelt werden, statt die Probleme bei anderen zu suchen, muss bei sich selber angefangen werden.  
20  
21 Deshalb fordern wir, dass alle männlichen Mitglieder des UB-Vorstandes sowie die männlichen AG-Vorsitzende mindestens einmal im jeweiligen Vorstandsjahr ein  
22 verpflichtendes Antisexismustraining absolvieren.  
23  
24  
25 Wünschenswert wäre hier das Auseinandersetzen mit:  
26  
27 - bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Privilegien  
28 - Reproduktion von Stereotypen in unserer Verbandsarbeit  
29 - einer guten und wertschätzenden Kommunikation untereinander, abseits  
30 von männlich dominantem Redeverhalten und Mansplaining

- 1
- 2 Dazu können externe Angebote herangezogen oder auch erfahrene Genoss\*in-
- 3 nen zu Rate gezogen werden.



## F2: Überprüfung unserer Awarenessstrukturen

**Antragssteller\*innen:** Jusos MOZ

**Weiterleitung:**

---

1 Der Juso-Unterbezirk hat derzeit ein eigenes Awareness-Team, das nach bestimm-  
2 ten Grundsätzen der Antidiskriminierungsarbeit handelt. Da sich Strukturen vor  
3 allem in einem Jugendverband regelmäßig verändern und wir ebenfalls mit perso-  
4 neller Fluktuation zu kämpfen haben, sollten wir die Grundsätze unserer Antidis-  
5 kriminierungsarbeit überprüfen.

6

7 Konkret bedeutet das:

- 8 • Überprüfung unserer derzeitigen Grundsätze im Bereich Awareness durch  
9 einen von der Juso-Vollversammlung einzusetzenden Arbeitskreis
- 10 • Wenn nötig, eine Überarbeitung und Neugestaltung unserer Grundsätze  
11 durch den Arbeitskreis
- 12 • eine verpflichtende Schulung des Awareness-Teams und nach Möglichkeit  
13 auch des Juso-Unterbezirksvorstandes hinsichtlich Antidiskriminierungsar-  
14 beit in politischen Verbänden
- 15 • das Awareness-Team ist von einer Juso-Vollversammlung spätestens auf  
16 der zweiten Vollversammlung nach der Juso-Unterbezirkskonferenz zu  
17 wählen; die Mitglieder des Awareness-Teams sollen keine gewählten Mit-  
18 glieder des Juso-Unterbezirksvorstandes sein
- 19 • das Awareness-Team stellt sicher, dass die Grundsätze unserer Awareness-  
20 Arbeit allen Mitgliedern bekannt sind
- 21 • der Juso-Unterbezirksvorstand benennt mindestens eine Verbindungsperson,  
22 die als Teil des Awareness-Teams die strukturelle Erreichbarkeit und  
23 die Arbeit des Awareness-Teams sicherstellt

### **F3: Verbesserung der Hilfsangebote für Betroffene von Vergewaltigung**

**Antragssteller\*innen:** UBV

**Weiterleitung:** SPD-Unterbezirksparteitag, Juso-Bezirkskonferenz

---

1 In Deutschland war fast jede siebte Frau\* schon einmal von sexueller bzw. sexua-  
2 lisierte Gewalt betroffen. 13% der in Deutschland lebenden Frauen\* haben seit  
3 ihrem 16. Lebensjahr strafrechtlich relevante Formen sexueller Gewalt erlebt.  
4 Dennoch werden nur 5% aller Sexualstraftaten angezeigt und nur 13 von 100 An-  
5 zeigen enden mit einer Verurteilung. Wir leben in einer sogenannten „Rape Cul-  
6 ture“, also einer Gesellschaft, in der Vergewaltigungen abgewiegelt, toleriert und  
7 totgeschwiegen werden. Viel zu oft werden Betroffene zu Sexualobjekten degra-  
8 diert oder es wird ihnen sogar die Verantwortung übertragen (man denke nur an  
9 den Satz: „Wer so einen kurzen Rock trägt, legt es schließlich darauf an.“). Dieser  
10 gesellschaftliche Umgang mit Vergewaltigung macht es für Betroffene noch  
11 schwerer, das ohnehin häufig traumatisierende Erlebnis zu verarbeiten. Vielen  
12 fehlt in der oftmals extrem vulnerablen Anfangsphase die nötige Unterstützung,  
13 ein Gang zur Polizei (der sicher nicht für alle der richtige Weg sein muss!) kostet  
14 Kraft, die so einfach nicht aufgebracht werden kann. Daher braucht es einen Wan-  
15 del im Umgang mit Betroffenen von Vergewaltigung, es braucht mehr Hilfsange-  
16 bote, eine funktionierende Infrastruktur und kompetente Unterstützung.

17

#### **Bessere Ausbildung von Fachpersonal**

19 Vergewaltigte Personen haben oft als erstes Kontakt zu Rechtsmediziner\*innen,  
20 Frauenärzt\*innen oder Polizist\*innen. Leider gibt es viele Berichte von Betroffe-  
21 nen, die diese Begegnungen als erniedrigend, traumatisierend und extrem ein-  
22 schüchternd beschreiben. Fragen, die gestellt, Aussagen, die angezweifelt und Un-  
23 tersuchungen, die ohne Erklärung durchgeführt werden, führen dazu, dass sich  
24 Betroffene noch schlechter oder im schlimmsten Falle sogar mitschuldig am Er-  
25 lebten fühlen. Daraus folgt häufig, dass weitere Hilfsangebote nicht wahrgenom-  
26 men werden aus Angst, weiter verletzt zu werden. Der unsensible Umgang mit  
27 Vergewaltigten durch Fachpersonal ist in erster Linie auf die marginale Beschäfti-  
28 gung mit dieser Thematik während der Ausbildung in den einzelnen Berufsgrup-  
29 pen zurückzuführen.

1 Daher fordern wir eine deutlich ausgebaute Implementierung des Themas Verge-  
2 waltung in der Ausbildung sensibler Berufsgruppen. Dies gilt insbesondere für  
3 Jurist\*innen, Mediziner\*innen und Polizist\*innen.

4

#### 5 **Ausbau der Hilfsangebote**

6 Vor allem in Großstädten gibt es Vereine, die sich auf die längerfristige Betreuung  
7 und Beratung von Betroffenen von Vergewaltigung spezialisieren und eine eng-  
8 maschige Unterstützung gewährleisten können. So helfen sie unter anderem bei  
9 der Vermittlung von Therapieplätzen, bieten Gruppengespräche an oder begleiten  
10 Betroffene beim Gang zur Polizei oder zu Anwält\*innen. Diese Art der Unterstüt-  
11 zung ist extrem wichtig und für viele durch nichts zu ersetzen. Leider gibt es solche  
12 Angebote in kleineren Städten oder gar auf dem Land so gut wie gar nicht. Das  
13 bedeutet, dass vergewaltigte Personen dort entweder einen unter Umständen  
14 sehr weiten Weg bis zur nächsten Beratungsstelle zurücklegen müssen, oder  
15 schlichtweg von solchen Unterstützungsangeboten abgeschnitten sind. Dieser Zu-  
16 stand ist untragbar! Alle Betroffenen sollten einen Zugang zu professioneller Un-  
17 terstützung haben, unabhängig vom Wohnort.

18 Daher fordern wir einen deutlichen flächendeckenden Ausbau von Beratungs-  
19 und Hilfestellen für von Vergewaltigung Betroffene.

20

#### 21 **Schluss mit „Familiendramen“**

22 Um endlich einen angemessenen Umgang mit Vergewaltigung zu etablieren, müs-  
23 sen wir auch sensibler in unserer Sprache werden. Wenn Medien von „Familiend-  
24 drama“ schreiben, wenn ein Ehemann seine Frau und Kinder jahrelang misshan-  
25 delt hat, führt das zu einer Verharmlosung des Themas. Ein Drama findet auf der  
26 Bühne statt, eine Vergewaltigung ist real. Ebenso muss Schluss damit sein, zu-  
27 allererst die Ankläger\*innen dazu aufzufordern, ihre Glaubwürdigkeit zu beweisen.  
28 Bei prominenten Fällen wie denen von Dominique Strauss-Kahn oder Jörg Kachel-  
29 mann wurde nie zuerst gefragt „Ist er schuldig?“, sondern immer „Hat sie gelo-  
30 gen?“. Betroffene von Vergewaltigung sind häufig emotional instabil, es ist extrem  
31 wichtig für sie, Unterstützung zu erfahren. Das letzte, was sie brauchen ist ein  
32 Kampf um die eigene Glaubwürdigkeit. Dazu fehlt oft die Kraft.

33 Daher fordern wir eine Ergänzung des Pressekodex, wonach Vergewaltigungen  
34 und andere Gewaltverbrechen innerhalb von Familien nicht verharmlost und die  
35 Aussagen Betroffener nicht zuallererst in Zweifel gezogen werden.

36

## G – Gesundheit

### G1: Abschaffung der Kostenübernahme homöopathischer Behandlungen durch gesetzliche Krankenkassen

**Antragssteller\*innen:** Jusos Vahrenwald-List

**Weiterleitung:** Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirk, SPD-Bezirksparteitag

---

1 Wir fordern, homöopathische Behandlungen jeglicher Art aus dem  
2 Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen zu streichen. Gesetzliche  
3 Krankenkassen werden von Arbeitnehmer\*innen und -geber\*innen, sowie  
4 zusätzlich durch staatliche Steuereinnahmen finanziert, es gilt hier also das  
5 Solidarprinzip. Zu einem verantwortlichen und gerechten Umgang mit diesen  
6 Geldern gehört auch, ausschließlich solche Gesundheitsleistungen finanziell zu  
7 fördern, denen ein Wirkungsnachweis zugrunde liegt. Da dieser für  
8 Homöopathika sowie homöopathische Behandlungen jeglicher Art explizit nicht  
9 gilt, ist eine Förderung dieser Behandlungen durch den öffentlichen  
10 Gesundheitsfonds nicht zu rechtfertigen.

#### **Begründung**

Homöopathische Arzneimittel sind umstrittene Medikamente, deren Wirkung über einen Placeboeffekt hinaus nicht durch wissenschaftliche Studien belegt werden kann. Ein Placebo ist ein Scheinmedikament, das bei Nutzer\*innen zwar zu einer messbaren Verbesserung physischer oder psychischer Befindlichkeiten führen kann, aber keine pharmakologisch wirksamen Inhaltsstoffe enthält. Jedem Menschen ist es selbstverständlich selbst überlassen, das Angebot homöopathischer Mittel durch private Finanzierung anzunehmen oder nicht, jedoch sollten Behandlungen, deren Wirksamkeit bis heute nicht durch Studien bewiesen werden konnten, auch nicht durch das ohnehin chronisch unterfinanzierte öffentliche Gesundheitssystem bezahlt werden. Insbesondere im Zuge des demographischen Wandels werden in den nächsten Jahrzehnten enorme Mehrkosten auf das deutsche Gesundheitssystem im Allgemeinen und damit auch auf die GKVn zukommen, sodass die Finanzierung von teuren Placebos nicht vertretbar ist. Es muss zuallererst sichergestellt sein, dass jene ärztlichen und medikamentösen Behandlungen durch den Leistungskatalog der GKVn abgedeckt werden, die auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen.

## **G2: Sofortige Legalisierung von Cannabis**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Burgwedel

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, Bundeskongress

---

- 1 Wir fordern die sofortige und komplette Legalisierung von Cannabis in
- 2 Deutschland.

### **Begründung**

Mit den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Thema Cannabis und den Effekten von Cannabis auf den menschlichen Körper ist es mittlerweile unmöglich ein Verbot zu rechtfertigen. Cannabis ist wesentlich unschädlicher für den menschlichen Körper als beispielsweise Alkohol oder Tabakwaren und dennoch ist es in Deutschland illegal, während der Konsum von schädlicheren Substanzen erlaubt und toleriert ist. Außerdem würde eine Legalisierung den gefährlichen Schwarzmarkt für Drogen schwächen. Menschen mit Erkrankungen, für die sie medizinisches Marihuana verschrieben bekommen müssen dies häufig auf dem Schwarzmarkt besorgen, da die Preise in Apotheken zu hoch sind und die Krankenkassen häufig nur wenig oder sogar gar nichts dazu geben. Wenn sich Patienten also ihr Medikament wie z. B. in den Niederlanden in Coffeeshops zu einem gerechten Preis kaufen können erleichtert man ihnen das Leben und macht es zudem noch sicherer. Außerdem würden durch den kontrollierten Verkauf von Cannabis mehr Steuergelder eingenommen werden, die für soziale Projekte wie den Ausbau von Schulen und Kitas investiert werden können. Dazu kommt auch noch, dass aus Hanf Textilprodukte und Papier gemacht werden können, die umweltfreundlicher sind als die konventionellen Produkte.

Aus diesen Gründen glauben wir, dass Cannabis/Marihuana schnellstmöglich komplett und nicht nur aus medizinischen Gründen legalisiert werden sollte.

## **G3: Hilfe statt Kriminalisierung und Ausgrenzung – Für einen Richtungswechsel in der Drogenpolitik: Einrichtung von „Druckräumen“ in Hannover**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Springe

**Weiterleitung:** Landeskonzferenz, SPD-Landesparteitag

---

- 1 Wir fordern die Einrichtung von sogenannten Druckhäusern, ein Ort wo
- 2 Drogenabhängige unter klinischen Bedingungen und unter professioneller
- 3 Beobachtung ihre Sucht stillen können, in Hannover.

### **Begründung**

In Deutschland werden Drogenabhängige kriminalisiert, von der Gesellschaft ausgeschlossen, zu Menschen zweiter Klasse degradiert und mit ihren Problemen alleine gelassen.

Abhängige von, vor allem, Heroin müssen versteckt in verlassenem Verstecken ihre Substanzen konsumieren und sterben dabei meist durch Infektionskrankheiten von unreinen oder bereits genutzten Spritzen oder unkontrollierten Überdosen. Dabei könnten gerade diese Schwerstabhängigen Hilfe und Unterstützung gebrauchen, um in dieser meist ausweglosen Situation zu überleben. In Portugal wurden schon vor Jahren alle Drogenkonsumenten entkriminalisiert, mit dem Ergebnis von deutlich weniger Toten, weniger Infektionskrankheiten und einem deutlichen Anstieg an Abhängigen, welche sich helfen ließen. Da solch ein großer Schritt, auf kurzer Distanz, allerdings undenkbar ist, fordern wir die Einrichtung von „Druckräumen“, als erste Maßnahme. In einem sauberen Raum werden den Abhängigen saubere Spritzen gegeben und der „Schuss“ wird sich unter Beobachtung gesetzt, was das Risiko auf einen lebensgefährlichen Rausch minimiert. Bereits in Städten wie Frankfurt und Hamburg wurden mit diesem Modell Erfolge gefeiert. Auch Hannover sollte einen entschiedenen Schritt auf hilfsbedürftige Menschen zugehen und statt Abschottung Unterstützung anbieten.

## **G4: Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Vahrenwald-List

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag

---

1 Wir fordern:

- 2 1. Die vollständige Kostenübernahme aller Behandlungen zur künstlichen  
3 Befruchtung durch die gesetzlichen Krankenkassen, sofern diese für  
4 medizinisch notwendig erachtet werden.
- 5 2. Den uneingeschränkten Zugang eines Paares zu allen Behandlungs-  
6 schritten der künstlichen Befruchtung, unabhängig davon, ob das Paar  
7 verheiratet ist.

### **Begründung**

Dank der verschiedenen Techniken der künstlichen Befruchtung ist es möglich, Paaren ihren unerfüllten Kinderwunsch zu ermöglichen. Diesem Prozess geht oftmals eine lange Phase aus Frustration, Versagensängsten oder Schamgefühl voraus, die viele Paare an die Grenzen ihrer Belastbarkeit bringt. Eine künstliche Befruchtung ist für die Betroffenen die einzige Chance, ein eigenes Kind auf die Welt zu bringen. Gleichzeitig ist der Eingriff mit Kosten von mehreren tausend Euro sehr teuer, sodass die meisten auf Unterstützung durch ihre Krankenkassen angewiesen sind. Die gesetzlichen Krankenkassen tragen aber oftmals nur 50% der Kosten, sodass es sich Menschen aus weniger wohlhabenden Verhältnissen eventuell schlicht nicht leisten können, ein Kind zu zeugen. Außerdem wird die Behandlung von GKVen nur unterstützt, sofern das betroffene Paar verheiratet ist. Die aktuelle Gesetzgebung sorgt damit dafür, dass nicht alle Personen gleichermaßen Zugang zu der Behandlung für eine künstliche Befruchtung erhalten. Klar ist: Eine künstliche Befruchtung darf keine Frage des Geldbeutels sein und eine Heirat ist kein Maßstab dafür, wie geeignet ein Paar ist, ein gemeinsames Kind zu bekommen.

## I – Inneres & Antifaschismus

### I1: Antisemitismusbeauftragte – Weiterentwicklung einer notwendigen Struktur

**Antragssteller\*innen:** Jusos MOZ

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag

---

1 An Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, versucht in Halle ein rechtsradi-  
2 kaler Attentäter die Synagoge zu stürmen, um Jüd\*innen zu töten. Der Versuch  
3 scheitert an der Tür der Synagoge, später tötet der rechtsradikale Attentäter eine  
4 Passantin und den Gast eines Döner-Imbisses. Nicht zuletzt dieser erschreckende  
5 Höhepunkt antisemitischer Gewalt – in diesem Fall ausgehend von militanten, ver-  
6 netzten, rechten Strukturen in Deutschland – legt klar dar, was Jüd\*innen schon  
7 lange in Richtung Sicherheitsbehörden, aber auch in die Politik kommunizieren:  
8 Antisemitismus ist keine abstrakte Bedrohung, sondern nimmt ganz konkret ge-  
9 waltvolle Formen an, die eine Bedrohung für jüdisches Leben darstellen. Antise-  
10 mitismusbeauftragte, die für die Gefahrenlage sensibilisieren und sich auch gegen  
11 latenten Antisemitismus einsetzen, sind daher unerlässlich.

12  
13 Da die Aufgaben von Antisemitismusbeauftragten oft Bereiche umfassen, die  
14 auch die Länder in ihren Aufgaben, u.a. in der Bildungspolitik, betreffen, müssen  
15 in allen Bundesländern entsprechende Stellen eingerichtet werden. Antisemitis-  
16 musbeauftragte fehlen derzeit in Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Thü-  
17 ringen. Hier müssen entsprechende Stellen eingerichtet werden. Es sollte außer-  
18 dem ein enger Austausch zwischen den Antisemitismusbeauftragten der Länder  
19 und dem Antisemitismusbeauftragten des Bundes stattfinden.

20  
21 Um die politische Wichtigkeit der Antisemitismusbeauftragten zu unterstreichen  
22 und einen gewissen Handlungsspielraum einzuräumen, sollte eine Aufwertung  
23 vom Ehrenamt zum Hauptamt erfolgen. Die Antisemitismusbeauftragten sollten  
24 eine Vergütung sowie eine entsprechende strukturelle Ausstattung erhalten. Da-  
25 bei denken wir an Mitarbeitende und ein angemessenes Arbeitsumfeld sowie ei-  
26 gene finanzielle Budgets.

27  
28 Die Antisemitismusbeauftragten der Länder und im Bund sollten nicht im Bereich  
29 Inneres angesiedelt sein. Verständlicherweise bestehen nach wie vor



1 Berührungängste gegenüber deutschen Sicherheitsbehörden innerhalb jüdi-  
2 scher Gemeinden. Das ist vor allem auch auf die Aufdeckung rechter Strukturen,  
3 beispielsweise mit Blick auf den NSU, innerhalb der Polizei zurückzuführen. Von  
4 Antisemitismus Betroffenen nehmen die Sicherheitsbehörden oft nicht als schüt-  
5 zende Exekutive wahr. Da Arbeit gegen Antisemitismus vor allem auch Arbeit im  
6 Bereich der politischen und schulischen Bildung ist, erscheint uns daher eine An-  
7 siedlung im Bereich Kultus wünschenswert.

8

9 Abschließend wünschen wir uns eine höhere Sichtbarkeit von jüdischen Personen  
10 im öffentlichen Leben. Wir wollen aktiv jüdische Stimmen zu Wort kommen lassen,  
11 da diese am besten erfassen können, was es bedeutet antisemitischen Vorurteilen  
12 und Drohungen ausgesetzt zu sein. Wir fordern die politisch Verantwortlichen da-  
13 her auf, die Stellen der Antisemitismusbeauftragten bevorzugt mit Menschen mit  
14 jüdischem Hintergrund zu besetzen.

15

16 Was wir konkret fordern:

- 17 - Mindestens eine\*n ständigen Antisemitismusbeauftragte\*n auf Bundes-  
18 ebene
- 19 - Die Verankerung von mindestens einer\*einem Antisemitismus-beauftrag-  
20 ten\*Antisemitismusbeauftragtem in allen Bundesländern
- 21 - Die Antisemitismusbeauftragten sollen nach Möglichkeit im Bereich Kultus  
22 angesiedelt sein
- 23 - Die Überführung dieser Ämter vom Ehrenamt zum Hauptamt mit einer ent-  
24 sprechenden Vergütung und einer angemessenen strukturellen Ausstat-  
25 tung
- 26 - Die bevorzugte Einstellung von Menschen mit jüdischem Hintergrund im  
27 Rahmen von Neubesetzungen oder Neueinrichtungen von Stellen der Anti-  
28 semitismusbeauftragten

## **I2: Errichtung eines Amtes gegen Rechtsextremismus in allen staatlichen Institutionen**

**Antragssteller\*innen:** UBV

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag

---

- 1 Wir fordern konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremistischer Struk-
- 2 turen, die noch immer in verschiedensten Milieus Deutschlandweit zu finden sind.
- 3 Aussteiger\*innenprogramme und Präventionsprogramme richten sich meist an
- 4 sozioökonomisch schwache und randständige Personen. Rechtsextremismus ist
- 5 jedoch ein weitverbreitetes Phänomen, welches in allen gesellschaftlichen Schich-
- 6 ten anzutreffen ist.
- 7 Das Programm der SPD „Wir gegen rechts – Demokratische Ordnung stärken und
- 8 verteidigen“ ist ein guter Anfang, verharnt aber im Allgemeinen. Konkret umge-
- 9 setzt werden soll deshalb die Errichtung eines Amtes gegen Rechtsextremismus
- 10 in allen staatlichen Institutionen. Dieses Amt soll von Angehörigen der Institution
- 11 umgesetzt werden und dazu dienen, dass keine rechtsextremistischen Aussagen
- 12 oder Handlungen länger toleriert werden.
- 13 Es geht darum, dass es Ansprechpartner\*innen gibt, an die Mann\*Frau sich wen-
- 14 den kann, wenn rechtsextremistische Aussagen oder Handlungen innerhalb einer
- 15 Institution auffallen.

### **I3: Einsetzen eines NSU Untersuchungsausschusses auf Landesebene**

**Antragssteller\*innen:** Jusos MOZ

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

---

- 1 Wir fordern die Landesregierung Niedersachsen dazu auf, einen Untersuchungsausschuss zum NSU einzusetzen.
- 2

#### **Begründung**

Zusammen mit Hamburg ist Niedersachsen das einzige Bundesland, in dem nach den Aufdeckungen rund um den NSU und dem anschließenden Prozess kein Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde. Angesichts der nach wie vor aktuellen Bedrohungslage durch rechte Netzwerke ist eine Aufarbeitung der Verbindungen von rechtsradikalen Netzwerken zum NSU sowie der in Niedersachsen eingesetzten V-Männer und -Frauen unerlässlich.

## K – Kommunales

### K1: Gestalten und umsetzen, aufstellen und wählen – für die zukunfts-feste Kommune

**Antragssteller\*innen:** Jusos MOZ

**Weiterleitung:** SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Regionsfraktion

---

1 Kommunalwahlen sind für uns Jusos immer wieder eine besondere Chance und  
2 Verantwortung zugleich. Denn die Vertretung in den kommunalen Gremien er-  
3 möglicht ganz konkreten Einfluss auf die Politik, die am nächsten am Leben der  
4 Bürger\*innen ist. Ob Sozialpolitik in Form von ÖPNV oder kulturellen Angeboten  
5 – bis hin zu Jugendpolitik in konkreter Gestalt von Fragen des öffentlichen Raums  
6 oder Freizeiteinrichtungen, wie beispielsweise Schwimmbädern oder öffentlichen  
7 Bibliotheken.

8

9 Eine zukunfts-feste Kommune kann nur mit einem generationsübergreifenden  
10 Blick gestaltet werden. Deshalb werden wir im Rahmen der Kommunalwahlen  
11 2021 als Jusos zwei wichtige Anliegen in den Blick nehmen:

- 12 1. Wir müssen konkrete Forderungen aufstellen und in die Wahlprogramme  
13 der SPD integrieren, die den Blick auf die jüngeren Generationen erweitern.
- 14 2. Wir müssen junge Menschen für die Parlamente, Räte und Versammlungen  
15 aufstellen und sie im Wahlkampf unterstützen, sodass sie den Einzug in die  
16 jeweiligen kommunalen Parlamente schaffen.

17

#### 18 **Gestalten und umsetzen.**

19

20 Als Jusos sehen wir, wie sich die politische Debatte auch vor Ort verschiebt. Zum  
21 einen in eine rechtspopulistische Richtung, zum anderen aber auch mit Fokus auf  
22 Fragen der Klimapolitik.

23

24 Die Jugend fokussiert sich zunehmend auf klimapolitische Forderungen und ak-  
25 zeptiert dabei einen voranschreitenden Bruch mit den älteren Generationen. Die  
26 wiederkehrende Unterstellung: Die ältere Generation erkenne das Ausmaß der  
27 Folgen des Klimawandels nicht an und ergreife keine Maßnahmen, um diesem et-  
28 was entgegenzusetzen. Dabei wird gerade von Seiten der Grünen der kompro-  
29 misslose Energiewandel ausgerufen, ohne jedwede soziale Dimension

1 einzubeziehen. Mittlerweile fühlen sich daher junge Eltern und Berufseinstei-  
2 ger\*innen von den Grünen zurückgelassen. Es gibt keinen Platz für die drängen-  
3 den sozialen Probleme, die Familien oder beim (scheiternden) Einstieg ins Berufs-  
4 leben für junge Menschen auftreten. Hier sind es die konservativen Kräfte, die auf  
5 den ersten Blick Abhilfe und schnelle, aber zumeist wenig nachhaltige Lösungen  
6 versprechen.

7

8 Für uns Jusos ist klar, was die Kraft des sozialen Zusammenhalts, die die Brücke  
9 zwischen bekannten Politikfeldern, wie Sozial- oder Wirtschaftspolitik, zu neuen  
10 Herausforderungen, wie denen der Klimapolitik, schlagen kann, bedeutet. Hier  
11 dürfen wir nicht in Floskeln verfallen. Nur mit konkreten Forderungen, die wir nach  
12 draußen und an unsere Mutterpartei tragen, werden wir junge Wähler\*innen an-  
13 sprechen.

14

15 Der ÖPNV ist einer der großen ungenutzten Chancen vor Ort, um etwas für die  
16 Umwelt zu tun. Der größte Erfolg der Jusos Region Hannover, die Einführung der  
17 Jugendnetzkarte, ist jetzt ungefähr zwei Jahre her. Wir haben damit die Möglichkeit  
18 geschaffen, dass junge Menschen mit der Möglichkeit der fast kostenfreien Nut-  
19 zung des ÖPNVs aufwachsen und sich auch in Zukunft deshalb gegen ein Privat-  
20 Auto entscheiden.

21

22 Als Schüler\*in ist man zudem am abhängigsten von den finanziellen Mitteln der  
23 Eltern – auch bei dem günstigen Preis von 15 Euro für die Jugendnetzkarte. Diese  
24 Abhängigkeit bedeutet auch, dass Teilhabe an Freund\*innenschaften genau wie  
25 die eigenverantwortliche Gestaltung der Freizeit von den Mitteln der Eltern ab-  
26 hängt. Die meisten Schüler\*innen werden bis zur Sekundärstufe II mit einem Ti-  
27 cket zur Schule ausgestattet, haben aber nicht die Möglichkeit, dieses auch weiter  
28 privat zu nutzen. Wir fordern daher, dass Schüler\*innen jeden Alters den ÖPNV in  
29 der Region Hannover bis spätestens 2025 kostenlos nutzen können. Die Weiter-  
30 entwicklung des Angebots der Jugendnetzkarte ist daher unsere Kernforderung  
31 für die kommende Kommunalwahl.

32

33 Zudem wollen wir einen besonderen Blick auf die nachhaltige Kommune werfen  
34 und fordern daher:

- 35 • lokale Klimaschutzpläne, die insbesondere den Aspekt sozialer Teilhabe  
36 stärken und nicht ausschließen,
- 37 • Gestaltung des öffentlichen Raums als generationsübergreifende Platt-  
38 form. Hier muss insbesondere mit kritischem Blick das Label der

1 "autogerechten Kommune" hin zur "Bürger\*innen-gerechten Kommune"  
2 gewandelt werden, die gleichermaßen Platz für alle bietet.

- 3 • Ausbildungsvernetzung, die insbesondere Anreize zur Aufnahme von Aus-  
4 bildungen vor Ort schaffen soll, damit wir unsere Kommunen mit dem Po-  
5 tential der jungen Generationen ausgestalten
- 6 • lokale Integrationspläne, die jungen Migrant\*innen einen direkten und un-  
7 problematischen Übergang in Zukunftsbranchen ermöglichen.

8

### 9 **Aufstellen und wählen.**

10

11 Die Überalterung der politischen Debatte ist ein drängendes Problem der reprä-  
12 sentativen Demokratie. Es ist nur ein Mythos, dass die Jugend heute weniger poli-  
13 tisch sei. Das Problem ist jedoch, dass klassische kommunale Rätearbeit bei jun-  
14 gen Menschen ein angestaubtes Image genießt, welches den Möglichkeiten der  
15 Ebene nicht gerecht wird. Entsprechend sehen sich Jugendliche selbst nicht reprä-  
16 sentiert unter den meist älteren Ratsherren und Ratsfrauen.

17

18 Als Jusos werden wir deshalb konkret junge Menschen in den Vordergrund stellen.  
19 Die Erneuerung unserer Partei und auch der Kommunalpolitik darf kein Lippen-  
20 bekenntnis sein. Mit der Vertretung und dementsprechend Einbeziehung von  
21 Ideen aller Generationen können wir unsere Kommune auf noch sicherere Beine  
22 stellen. Und genau das wird für uns Anspruch sein, auf die Straße zu gehen und für  
23 die SPD Wahlkampf zu machen.

24

25 Wir fordern daher von der SPD mindestens eine junge Person auf einen der ersten  
26 drei Plätze der jeweiligen Kommunalwahlliste zu setzen. Ferner soll eine grund-  
27 sätzliche Quote von einem Drittel von Personen, die durch die Jusos vorgeschla-  
28 gen werden, gelten.

## **K2: Freifahrtschein. Jetzt. – Kostenloser ÖPNV für alle!**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Nordstadt

**Weiterleitung:** SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Regionsfraktion

---

- 1 Der Beschluss der Jugendnetzkarte war ein großer Erfolg für die SPD und insbe-
- 2 sondere für uns Jusos. Wir können stolz darauf sein, dass nun junge Menschen für
- 3 15 € im Monat quer durch unsere Region Hannover fahren können - von Springe
- 4 nach Neustadt - von Barsinghausen nach Burgwedel. Junge Menschen sind unab-
- 5 hängiger geworden.

Die ursprüngliche Juso-Forderung dürfen wir dabei aber nicht aus den Augen verlieren: Wir wollen den Freifahrtschein!

Unsere Vision bleibt ein kostenloser ÖPNV für alle!

### **Begründung**

Am 30.11.2019 hat der GVH den Gratis-fahr'n-Tag durchgeführt. Der Tag hat gezeigt, dass es trotz der kostenlosen Nutzung keinen Zusammenbruch des ÖPNVs gegeben hat – und das an einem Adventssamstag. In der Vergangenheit wurde dieses Argument regelmäßig von Menschen als Gegenargument in der Debatte angeführt. Der Tag hat dieses Argument eindeutig entkräftet.

Wenn wir einen kostenlosen ÖPNV wollen, kostet dies eben der Region Hannover auch Geld, aber an diesem Argument sollte unsere Vision nicht scheitern.

### **K3: Die Wie-Für-Mich-Gemacht-Kommune: Wohlfühlräume schaffen, statt Verbote und Verdrängung zu befeuern**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Nordstadt

**Weiterleitung:** SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Regionsfraktion

---

1 Wir fordern SPD-Mandatsträger\*innen aller Ebenen dazu auf, sich bei öffentlichen  
2 Bauvorhaben und Quartiersentwicklungen für eine beteiligungsorientierte Schaf-  
3 fung von Wohlfühlräumen einzusetzen.

4

5 Im öffentlichen Raum muss für alle Menschen Sicherheit bestehen – aber dies  
6 nicht nur im Sinne von Polizeipräsenz und positiver Kriminalstatistiken, sondern  
7 es muss auch für alle Wohlbefinden im Sinne von Awareness subjektiv empfunden  
8 werden. Öffentliche Wohlfühlräume werden diesem Anspruch gerecht.

9

10 Ihr Gegenteil – Angst- und Gewalträume – ist ein weit verbreitetes Problem im öf-  
11 fentlichen Raum. Sie zu relativieren, zu stigmatisieren oder gar zu negieren wird  
12 dem Problem nicht gerecht. Auch die bloße Erhöhung von Polizeipräsenz oder die  
13 Ausweitung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum sind nicht hilfreich, um  
14 dieses Problem nachhaltig zu lösen.

#### **Begründung**

Wohlfühlräume stehen zum einen für weitgehend konfliktfreie und barrierefreie öffentliche Räume mit einem vielfältigen Angebot für alle, die unter Beteiligung von Bürger\*innen innerhalb einer Nachbar\*innenschaft gestaltet werden. Sie sind aber andererseits auch der Gegenbegriff zu Angst- und Gewalträumen, die für bestimmte Gruppen ein Unsicherheitsgefühl oder sogar Abschreckung bedeuten. Vor allem dunkle Ecken, Baustellen, Verdreckung, unangenehmer Geruch und nicht ausgeräumte Nutzungskonflikte verschiedener Gruppen im öffentlichen Raum begünstigen Angst- und Gewalträume immens. Dem setzen öffentliche Wohlfühlräume eine offene, übersichtliche, gut beleuchtete und auf die Nutzung der ansässigen Menschengruppen abgestimmte Bauweise entgegen. Darüber hinaus fördern Beteiligung und die verstärkte Belebung von Wohlfühlräumen die soziale Verantwortung und die Sensibilität der Anwohner\*innen.

Leider liegt in der öffentlichen sowie in der politischen Debatte viel zu oft der Fokus darauf, wie man bestimmte Gruppen aus öffentlichem Raum ausschließt oder



wie man öffentlichen Raum am besten vermarkten kann. Beispiele sind hierfür Alkoholkonsumverbote im Nah- und Fernverkehr oder auch die Verdrängungsdebatten um – vor allem bei jungen Menschen – beliebte Orte.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist einer der zentralen Aufgaben unserer Kommunalpolitik, aber bezahlbarer Wohnraum nutzt nicht viel, wenn er in keinem liebens- und lebenswerten Quartier entsteht bzw. wenn im Kontext neuer Wohnviertel nicht solche Quartiere entstehen.

Vor allem in der Stadt Hannover haben wir mit den Stadtbezirksräten politisch legitimierte Gremien, die sich durch die Nähe zu den Quartieren und Nachbar\*inenschaften sehr für diese notwendigen Beteiligungen eignen. Daher liegt auch eine besondere Verantwortung für die Umsetzung unserer Forderungen bei den Orts- und Stadtbezirksräten.

## **K4: Trinkbrunnen für alle hannoverschen Schulen**

**Antragssteller\*innen:** Jusos NordOst

**Weiterleitung:** SPD-Ratsfraktionen in der Region, SPD-Regionsfraktion, SPD Stadtverband Hannover, SPD Unterbezirk Region Hannover

---

- 1 Wir fordern, dass in allen Schulen in der Region Hannover bis zum Jahresende
- 2 Trinkbrunnen aufgestellt und schon vorhandene, defekte Trinkbrunnen repariert
- 3 werden.

### **Begründung**

An vielen normalen Waschbecken können sich Schüler\*innen ihre Trinkflaschen nicht mit Leitungswasser auffüllen, durch spezielle Trinkbrunnen wird dies ermöglicht. Außerdem werden an Schulkiosks meist Softdrinks/Säfte und Wasser verkauft, wobei die Wahl der Schüler\*innen durch den geringen Preisunterschied eher auf die ungesunden Softdrinks/Säfte fällt. Wäre das Wasser kostenlos, würden die Schüler\*innen ihren Durst meistens mit Wasser stillen und sich seltener ungesunde Getränke kaufen. Die Sommer werden durch den Klimawandel auch immer wärmer und deshalb ist es besonders wichtig, viel zu trinken, vor allem, da inzwischen viele hannoversche Schulen Ganztagschulen sind und die Schüler\*innen nicht genug Getränke für einen ganzen Tag zusätzlich zu den benötigten Schulsachen mitnehmen können. Der Bedarf an Trinkbrunnen ist da, denn in fast jedem „Pimp Your Town!“-Planspiel, fordern die Schüler\*innen Trinkbrunnen in ihre Schulen.

## O – Organisationspolitik

### O1: SPD aka Arbeiterpartei „back to the Roots“

**Antragssteller\*innen:** Jusos Seelze

**Weiterleitung:** Landeskonzferenz, Bezirkskonferenz, Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

---

- 1 Hiermit beantragen wir eine Quote von 10-15 % für Handwerker\*innen, Arbeiter\*innen und Fachkräfte in führenden Positionen/Ebenen in den Parlamenten innerhalb der SPD.
- 2
- 3

#### **Begründung**

Für die meisten von uns sichert das Arbeitseinkommen die Existenz und ermöglicht uns am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Einer Arbeit nachzugehen bedeutet jedoch weit mehr: Erwerbstätigkeit ermöglicht soziale Kontakte und sozialen Austausch, kann sinnstiftend und abwechslungsreich sein, Anerkennung und Wertschätzung vermitteln. Umgekehrt können geringe Einkommen, unsichere Beschäftigungsverhältnisse oder Überbeanspruchung belasten.

Wir als SPD, der ältesten Partei Deutschlands und unsere Vorgänger-Organisationen haben es uns mal zur Aufgabe gemacht dem „Arbeiter“ oder dem „kleinen Mann“ eine Stimme zu geben und ihre Situation zu verbessern.

Heute arbeitet ca. 1 von 4 erwerbstätigen Personen im Handwerk oder der Industrie (24,66%), mit ihren Händen, in Schichtarbeit und bei Wind und Wetter. Leider sind aber gleichzeitig viel zu wenig Handwerker\*innen und Industriearbeiter\*innen in der Verantwortung oder führenden Positionen in der SPD und im Bundestag.

Laut Zahlen von 2017 waren nur 7 Handwerker\*innen und 36 Personen mit Bezug zum Handwerk oder der Industrie im Bundestag vertreten (von 709 Abgeordneten). Nur ein einziger der 7 Handwerker\*innen ist SPD-Mitglied. Das ist fatal! Wir dürfen als Arbeiterpartei keinesfalls hinter CDU, CSU, FDP und vor allem der AfD zurückstehen, weil grade letztere uns versucht den Titel Partei der kleinen Leute abzulaufen.

Mehr als 80% der Abgeordneten sind Akademiker\*innen obwohl nur 14% der Bevölkerung einen Hochschulabschluss haben (laut Max-Planck-Institut).

Von den Parteimitgliedern bis zum Abgeordneten im Bundestag nimmt die soziale Selektion weiter zu, von einer repräsentativen Mischung lässt sich nicht mehr sprechen.

Damit die SPD ihrer kulturellen Gesinnung und ihrem Erbe als Arbeiter\*innenpartei gerecht wird, sollte diese Quote von 10–15 % für Vertreter\*innen dieser nicht unwesentlich großen Volksgruppe, der wir uns nun mal verpflichtet haben, entstehen.

Zusätzlich würde dies unserer Meinung nach sowohl den Diskurs innerhalb der SPD als auch das Ansehen der SPD verbessern, da wir den Menschen, denen wir seit jeher verpflichtet sind, mehr Anteil geben.

Zum Abschluss die Worte von Herbert Wehner (1969-1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion):

„Die aus der Arbeiterklasse Deutschlands hervorgegangene Sozialdemokratische Partei soll eine in dem breiten schaffenden Schichten des Volkes wurzelnde, von ihnen Getragene und zum Wohle des ganzen Volkes wirkende Sozialdemokratische Partei sein.“

## U – Umwelt und Verbraucher\*innenschutz

### U1: Tiertransporte in der EU stoppen!

**Antragssteller\*innen:** Jusos Springe

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, Bundeskongress, Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament,

---

- 1 Wir fordern, „Nutz“-Tiertransporte in der Europäischen Union auf das Mindestmaß
- 2 zu reduzieren. Ebenfalls fordern wir die Niedersächsische Landesregierung und
- 3 die Landtagsfraktion dazu auf, sich verstärkt mit der Reduzierung von Tierleid zu
- 4 befassen.

#### **Begründung**

Jedes „Nutz“-Tier wird mindestens einmal im Leben transportiert und zwar zum Schlachthof. So kommt das Fleisch nämlich auf den Teller!

Das ist aber leider nur noch bei den wenigsten „Nutz“-Tieren die Realität. Da die Agrarindustrie sich immer mehr spezialisiert und viele Arbeitsschritte getrennt dorthin verlagert werden, wo sie den höchsten Gewinn erbringen. Die Industrielle Zucht, Haltung und Mast wird dort konzentriert, wo Futter- und Lohnkosten niedrig sind und die Tierschutzstandards nicht relevant sind.

Ferkel werden in den Niederlanden geboren, in Spanien gemästet und in Italien geschlachtet.

Alle „Nutz“-Tiere werden transportiert, jedoch vor allem Schweine, Rinder, Pferde, Schafe, Ziegen, Geflügel und Fische. In etwa 92 % der Fälle wird der Transport der meisten Tiere mit LKWs durchgeführt.

Im Jahr 2016 wurden alleine 350.000.000 in Deutschland geborene Nutztiere ins Ausland transportiert. Im letzten Jahr wurden alleine 80.000 Rinder aus Deutschland ins außereuropäische Ausland (meistens Usbekistan) transportiert. Insgesamt werden jedes Jahr rund 1.400.000.000 Tiertransporte in ganz Europa durchgeführt. Meistens werden die gleichen „Nutz“-Tiere 2-3 Mal in ihrem Leben quer durch die EU transportiert.

Seit 2007 ist die EU-Verordnung 2005/01 ins Kraft. Diese sieht vor allem das Tierwohl bei Tiertransporten als schützenswert an. Leider greifen die Mitgliedsstaaten hier bei den Strafen, für die jeder Mitgliedsstaat selbst verantwortlich ist, viel zu selten durch.

Die Tatsache das bei Tiertransporten Emmens hohe Emissionen anfallen und dies im Anbetracht des Klimawandels zu verhindern gilt, lassen in diesem Antrag vorerst unbeachtet.

Das Land Niedersachsen und die Landkreise Aurich, Emsland und Oldenburg nehmen bei diesem Thema eine besonders traurige Stellung ein, da hier die Abfertigung von Tiertransporten in Drittländern mit Abstand auf dem Niveau in der Bundesrepublik ist.

## U2: O' Tannenbaum

**Antragssteller\*innen:** Jusos Springe

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

---

- 1 Wir fordern, sich mit Alternativen zum klassischen „Weihnachtsbaum“ auseinanderzusetzen.
- 2

### **Begründung**

Jedes Jahr wieder muss der gute alte Tannenbaum am 24.12 geschmückt im Wohnzimmer stehen. Das ist eine schöne Erinnerung, die wir alle an Weihnachten teilen.

Was wir aber auch teilen, ist die Tatsache, dass viele Bürger\*Innen ihren Tannenbaum an darauffolgenden Tagen entsorgen.

An den „Tannenbaum-Sammelstellen“ der Landeshauptstadt Hannover sind in diesem Jahr alleine zum 28.12 bereits in etwa 19.600 Tannenbäume zusammengekommen. 19.600 Haushalte haben einen Tannenbaum also lediglich für maximal eine Woche zum Nutzen in ihrem Wohnzimmer stehen. Das ist keineswegs verhältnismäßig. Eine riesige Industrie steht dahinter und hier wird der Umwelt stark geschadet. Die meisten Tannenbäume landen dann in den kommenden Tagen geschreddert in den Mälern von Schweinen.

### **U3: Schwarzer Kunststoff raus aus den Marktregalen**

**Antragsteller\*innen:** Jusos Nordstadt

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, Landeskonferenz, Bundeskongress, SPD-Stadtverbandsparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Fraktion in der Regionsversammlung

---

- 1 Wir fordern mehr staatliche Beschränkungen für die Verwendung von nicht recy-
- 2 celbaren Kunststoffen. Als ersten Zwischenschritt sollte der freie Gebrauch von
- 3 schwarzen Kunststoffen verboten werden, da dieser aktuell nicht vollständig recy-
- 4 celbar ist.
- 5 Gleichzeitig befürworten wir eine größere Unterstützung von der Forschung an
- 6 technologischen Verbesserungen im Recyclingprozess.

#### **Begründung**

Im Jahr 2019 wurden in Deutschland nur 42% der Kunststoffabfälle recycelt und wieder im Sinne der Kreislaufwirtschaft verwertet. Einen nicht zu ignorierenden Anteil daran haben Kunststoffe der Farbe schwarz. Diese Verpackungen können aufgrund der bisherig fehlenden technischen Möglichkeiten nicht von anders farbigen Kunststoffen getrennt werden und landen dann meist in der thermischen Verwertung. Somit haben sie keine Chance ressourcentechnisch wiederverwertet zu werden. Da Kunststoff in der Produktion viele Wertstoffe benötigt, bei denen die Grundlage zumeist verarbeitetes Erdöl ist. Also nicht sehr nachhaltig. Da zudem der Energieaufwand der Produktion enorm ist, sollte gerade hier auf eine sinnlose Entsorgung verzichtet werden. Da die schwarzen Kunststoffverpackungen in der Supermarktpalette vor allem aus Design und Werbegründen benutzt werden, müssen hier die Erzeuger in die Pflicht genommen werden, diese aus dem Sortiment zu nehmen und bis eine bessere Trennung möglich ist auf schwarzen Kunststoff verzichten. Es gibt zwar schon Technologien, die eine Trennung ermöglichen. Jedoch befinden sich diese noch im Entwicklungsstadium und werden bei abgeschlossener Entwicklung erst nach und nach herkömmliche Trennanlagen ersetzen. Dies wird noch Jahre benötigen.

Um bis dahin nicht noch mehr Kunststoffe unnötig der Kreislaufwirtschaft zu entziehen und damit Ressourcen zu verschwenden, fordern wir, dass Verpackungen und Einmalprodukte mit schwarzen Kunststoffanteilen, bei denen die schwarze Farbgebung nicht nachweisbar eine Notwendigkeit besitzt, verboten werden.



## **U4: Bepflanzung von Flachdächern**

**Antragssteller\*innen:** Jusos Springe

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

---

- 1 Die Landesregierung wird beauftragt, die Begrünung der Dächer von Bushaltestel-
- 2 len und Bahnanlagen sowie weiterer geeigneter Dachflächen des Landes Nieder-
- 3 sachsen zu planen und durchzuführen beziehungsweise auszuschreiben. Falls es
- 4 notwendig ist, soll das Land dabei den Kontakt zur Deutschen Bahn sowie anderen
- 5 Betreibern und Betreiberinnen beziehungsweise Inhabern und Inhaberinnen auf-
- 6 suchen.

### **Begründung**

Im Zuge des Klimawandels und den damit in Verbindung stehenden Folgen, wie beispielsweise dem Bienensterben, sind nachhaltige und gut durchsetzbare Lösungen dringend gefordert. Vor allem in vielen deutschen Großstädten fehlt es an Grünflächen, da die Erschließung eben dieser durch den Mangel an freien Plätzen massiv erschwert wird. Allerdings zeichnet sich ein ähnliches Problem auch in kleineren Städten ab. So weichen grüne und verschieden bepflanzte Gärten immer mehr modernen Steingärten. Wieso also nicht den Platz nutzen, den man sowieso schon, in Form von Bushaltestellendächern hat und einfach fürs Klima nutzen. In Hannover existieren bereits einige wenige Bushaltestellen, deren Dächer als Blühstreifen genutzt werden. Ein weiteres positives Beispiel wäre die Stadt Utrecht in den Niederlanden. Hier wurden insgesamt 300 Bushaltestellendächer mit großer Zufriedenheit der Bürger bepflanzt, da es neben den Umweltaspekten auch das Stadtbild verschönert hat. Dieses Konzept sollte somit in jedem Fall in ganz Niedersachsen etabliert, wenn nicht sogar noch verbessert werden, in dem man nicht nur Bushaltestellen, sondern auch andere Dächer sucht, auf denen man solche Blühstreifen installieren könnte. Denkbar wären beispielsweise Schulen oder Sporthallen, welche noch über ein Flachdach verfügen.

## U5: Sozial gerechte CO<sub>2</sub>-Bepreisung durch einen nationalen Mindestpreis im Emissionshandel

**Antragssteller\*innen:** Jusos Südstadt-Bult

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

---

- 1 Wir fordern die umgehende Einführung eines nationalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreises von  
2 40€/t, der mindestens die derzeit im Rahmen des EU-Emissionshandels (EU-ETS)  
3 erfassten Unternehmen der Energiewirtschaft (Kraftwerksbetreiber) erfasst. Die-  
4 ser CO<sub>2</sub>-Mindestpreis steigt bis zum Jahr 2050 linear auf 180€/t an. Zusätzlich zum  
5 Erwerb der CO<sub>2</sub>-Zertifikate muss die Differenz zum CO<sub>2</sub>-Mindestpreis abgeführt  
6 werden, wahrscheinlich bestenfalls als Steuer auf die Nutzung von Emissionszer-  
7 tifikaten. Sämtliche Einnahmen werden wie folgt verwendet:
- 8 1. Sämtliche Letztverbraucher mit Ausnahme der Haushaltskunden (Stan-  
9 dardlastprofil H0) bekommen die Einnahmen anteilig ihres Stromver-  
10 brauchs am deutschen Gesamtverbrauch jährlich zurückerstattet.
  - 11 2. Stromkostenintensive Unternehmen erhalten die Rückerstattung nach 1.  
12 nur für solche Strommengen, für die keine Reduzierung der EEG-Umlage-  
13 pflicht nach der besonderen Ausgleichsregelung (BesAR) nach § 64 EEG  
14 2017 in Anspruch genommen wurde. Damit besteht eine Wahlmöglichkeit  
15 zwischen der in 1. erwähnten Rückerstattung oder der BesAR.<sup>1</sup>
  - 16 3. Der nach Abzug der Rückerstattung aus 1. verbliebene Betrag wird jährlich  
17 in gleicher Höhe pro Kopf als Energiefreibetrag an jede\*n Bundesbürger\*in  
18 zurückgezahlt.
- 19 Die Einführung des Mindestpreises soll an folgende Maßnahmen gekoppelt wer-  
20 den:
- 21 1. Indem rechtliche und sonstige Hürden abgebaut werden, die einer indust-  
22 riellen Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien im Rahmen von Corpo-  
23 rate-PPAs im Wege stehen, wird energieintensiven Industrien ermöglicht,  
24 ihre Stromkosten weiter zu reduzieren und zugleich aktiv zum Ausbau der  
25 erneuerbaren Energien beizutragen.

---

1) In der Vergangenheit wurde die Befreiung von der EEG-Umlagepflicht (BesAR) auf eine Vielzahl von Unternehmen ausgedehnt, darunter zahlreiche Unternehmen, bei denen gar keine Gefahr von „Carbon Leakage“ besteht. Diese Befreiungen gingen und gehen hauptsächlich zulasten der privaten Haushalte. Nur in einzelnen Branchen (z.B. der Stahlindustrie), bei der akut ein Verlust der Wettbewerbsfähigkeit droht, wäre auch künftig eine zusätzliche Kompensation berechtigt. Ergänzend sind Grenzausgleichsteuern zu prüfen; diese werden im Rahmen des „European Green Deal“ bereits auf EU-Ebene in Erwägung gezogen.

- 1        2. Hemmnisse für den Ausbau der erneuerbaren Energien werden beseitigt,  
2            insbesondere Mengengrenzungen und die restriktive Regulatorik, die  
3            den Ausbau der Windenergie hemmt.
- 4        3. Mit den Strukturfördermitteln im Rahmen des Kohleausstiegs werden gut  
5            ausgestattete Neuqualifizierungsprogramme für ehemalige Beschäftigte in  
6            der Braunkohleindustrie aufgelegt.

### **Begründung**

In der Energiewirtschaft liegt nach wie vor das größte, unmittelbar zu realisierende Klimaschutzpotenzial. Sie ist der einzige Sektor, der zur Senkung der deutschen Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2019 beigetragen hat. Experten gehen davon aus, dass in diesem Sektor ein CO<sub>2</sub>-Preis von 40€/t, der bis 2030 auf 90€/t ansteigt, Emissionseinsparungen von 200 Mio. t CO<sub>2</sub>/Jahr bewirken würde. Der gleiche CO<sub>2</sub>-Preis würde im Gebäudebereich nur 27, im Verkehr nur 8 Mio. t CO<sub>2</sub>/Jahr an Einsparungen bewirken. *Maximal sozial gerecht* wäre die Einführung eines Energiefreibetrags (Rückzahlung bei Haushaltskunden pro Kopf, bei gewerblichen Kunden abhängig vom Verbrauch), der durch einen nationalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis für die Energiewirtschaft refinanziert würde: Unternehmen der Energiewirtschaft zahlen die Differenz von Mindestpreis und Zertifikatspreis im EU-ETS in Form einer Steuer auf die Zertifikate. Die Sozialverträglichkeit bei gleichzeitiger Effektivität liegt daran, dass die Technologien zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung im Stromsektor – regenerative Energieträger – zu sehr günstigen Kosten zur Verfügung stehen. In keinem anderen Sektor sind die CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten so niedrig, weshalb dort sozialverträglicher Klimaschutz eher mit Ordnungsrecht und Investitionen operieren müsste. Die vorgeschlagene CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Energiesektor führt stattdessen sogar zu einer Entlastung der Haushaltskund\*innen und großer Teile der Industrie und bewirkt eine stark progressive Umverteilung. Zu erwarten ist:

1. Die Börsenstrompreise steigen, was zugleich die EEG-Umlage deutlich senkt und damit die niedrigen Stromgestehungskosten der erneuerbaren Energien endlich an die Endkund\*innen weiterleitet („EEG-Paradoxon“). Die sinkende EEG-Umlage stärkt das EEG und eröffnet Möglichkeiten, das Förderregime wieder zu stärken.
2. Durch die Angleichung der Grenzkosten verschiedener Kraftwerkstechnologien (Gas wird weniger belastet als Braunkohle), steigt die Konsumentenrente zulasten der Produzentenrente. Es kann eine Netto-Entlastung der Verbraucher\*innen erzielt werden, da Überrenditen der Energiewirtschaft (aktuell auf Kosten des Klimas) abgebaut werden.

3. Der ansteigende Mindestpreis schafft Planbarkeit und Investitionssicherheit. Anderweitig angereizte Emissionseinsparungen (z.B. durch Ausbau der EE durch das EEG) gehen nicht zulasten der Anreizwirkung, da der Mindestpreis den Verfall der Zertifikatspreise verhindert.
4. Durch die Pro-Kopf-Rückerstattung als Energiefreibetrag, werden Endverbraucher\*innen an das Konzept der aufkommensneutralen CO<sub>2</sub>-Bepreisung gewöhnt. Die Stromkostensenkung durch den Freibetrag geht jedoch nicht zulasten des Stromsparanreizes, da die Arbeitspreise weitestgehend unverändert bleiben. Geringverbrauchende werden stärker entlastet, als Vielverbrauchende. Weiterhin beseitigt man die potenzielle Ungerechtigkeit, dass Braunkohlekraftwerksbetreiber weniger für CO<sub>2</sub>-Verschmutzung bezahlen müssen, als dies von Pendler\*innen im rigiden Nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen ab 2021 verlangt wird.
5. Der CO<sub>2</sub>-Mindestpreis bewirkt je nach Preisfad einen Kohleausstieg bis 2030, spätestens 2032 und ist eine sinnvolle Ergänzung zum ordnungsrechtlichen Ausstieg. Die Möglichkeit höchst ungerechter Entschädigungen für Uralt-Kraftwerke sinkt massiv. Die Einführung eines Mindestpreises kann erfolgen, ohne dass die Zieldaten des Kohlekompromisses verändert werden müssen.

Fazit: Der vorliegende Vorschlag hat das Potenzial, die klimapolitische Misere der SPD zu durchbrechen. Kein anderer politischer Vorschlag hat das Potenzial, derart schnell die deutschen Treibhausgas-Emissionen zu senken. Die Energiewende würde neu dynamisiert werden, indem man die fossile Energiewirtschaft politisch isoliert. Die Kernergebnisse der „Kohlekommission“ in den Bereichen Strukturwandel und Beschäftigung werden nicht angetastet. Sehr wohl würde sich die SPD aber ihrer historischen Verantwortung stellen und das Marktversagen viel zu niedriger Zertifikatspreise ohne Lenkungswirkung im von ihr 2005 eingeführten EU-ETS zu beseitigen. Durch die unmittelbare Verknüpfung von progressiver Verteilungswirkung und Klimaschutz könnten von links bis in die grüne Mitte Glaubwürdigkeit und perspektivisch Wähler\*innen zurückgewonnen werden.

## V – Verkehr

### V1: Beidseitige Nutzung von Radwegen

**Antragssteller\*innen:** Jusos NordOst

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, Landeskonferenz, SPD-Stadtverbandsparteitag, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Ratsfraktion, SPD-Regionsfraktion

---

- 1 Wir fordern, dass Radwege wieder beidseitig genutzt werden dürfen.

#### **Begründung**

Bis vor kurzem durften viele Radwege in Hannover beidseitig benutzt werden, auch wenn es auf beiden Straßenseiten Radwege gab. Jetzt ist dies nicht mehr erlaubt, aber viele Radfahrer\*innen halten sich nicht an die neue Regelung, sodass trotzdem auf beiden Straßenseiten Radfahrer\*innen in beide Richtungen fahren. Dadurch ist es für Autofahrer, die aus Einfahrten oder Seitenstraßen kommen, noch unübersichtlicher, als es vorher war, denn man rechnet nicht mit Radfahrern aus beiden Richtungen. Vor allem Kinder, die ohnehin schon schlecht zu sehen sind, können Schilder, die das Radfahren in eine Richtung verbieten, noch nicht lesen/verstehen und sind deshalb besonders von herausfahrenden Autos gefährdet. Wenn man damit rechnen könnte, dass Radfahrer\*innen aus beiden Richtungen kommen, weil sie das dürfen, würden Autofahrer\*innen beide Seiten des Radweges besser im Blick behalten. Außerdem müssen Radfahrer\*innen öfter Straßen überqueren, wenn sie nur eine Straßenseite nutzen dürfen, und das Überqueren von Straßen stellt das größte Risiko im Straßenverkehr für Radfahrer\*innen dar, da vor allem LKWs beim Rechtsabbiegen immer wieder Radfahrer\*innen übersehen.

## W – Wirtschaft & Finanzen

### W1: Förderung von Vereinen bei der Finanzierung von Tartanbahnen

**Antragssteller\*innen:** Jusos NordOst

**Weiterleitung:** SPD-Stadtverbandsparteitag, SPD-Ratsfraktion

---

- 1 Wir fordern, dass drei Leichtathletikvereine in Hannover bei der Finanzierung von
- 2 Tartanbahnen über die reguläre Förderung hinaus unterstützt werden, analog
- 3 dem Kunstrasenprogramm der Stadt Hannover.

#### **Begründung**

Eine Tartanbahn ist eine Rundlaufbahn aus Gummi, wird für Leichtathletik benutzt und kann vier bis acht Rundbahnen haben. Für eine vierspurige Bahn werden 5000m<sup>2</sup>, für eine sechsspurige Bahn 6000m<sup>2</sup> und für eine achtspurige Bahn 7200m<sup>2</sup> Tartanbelag benötigt. Ein Quadratmeter kostet hierbei 22€ bis 35€. Dazu kommen Baukosten, sowie Kosten für zwei Tragschichten und Entwässerung des Sportplatzes etc. Somit wird der Bau einer Rundlaufbahn mit Tartanbelag, der für Trainingszwecke in der Leichtathletik benötigt wird, sehr teuer. Viele Sportvereine können den Eigenzuschuss nicht zahlen, da dies ein recht großer Anteil an den Gesamtkosten ist. Vor allem in Städten wie Hannover können sich viele Vereine den Bau einer Tartanrundlaufbahn nicht leisten, obwohl fast jeder Fußballverein inzwischen einen Kunstrasenplatz hat, der grob das Doppelte bis Dreifache einer Tartanbahn kostet. In den umliegenden kleinen Gemeinden hat fast jeder Verein eine Tartanrundlaufbahn, nur in Hannover müssen Sportler\*innen pendeln, denn es gibt nur am Maschsee im Sportpark das Erika-Fisch-Stadion, dass zu bestimmten Trainingszeiten von Vereinen genutzt werden darf, und das Sportleistungszentrum, eine Halle mit einer 200m langen, vierspurigen Tartanrundbahn, in dem man noch seltener trainieren kann, da es einen Großteil der Zeit für Kaderathlet\*innen und ihre Trainingspartner\*innen reserviert ist. Ansonsten muss man z.B. nach Langenhagen, Altwarmbüchen oder Misburg pendeln. In der Region Hannover gibt es deutlich mehr Tartanplätze als in der Stadt Hannover. Manche Disziplinen, wie z.B. Hürdenlauf können auf Aschebahnen gar nicht trainiert werden, da alle Wettkämpfe auf Tartan stattfinden und der Anlauf aus dem Startblock an die erste Hürde von der Laufgeschwindigkeit abhängt. Da das Tempo wiederum vom Bahnbelag abhängt, passt dann der im Training trainierte Anlauf nicht und die Athlet\*innen müssen den Lauf abbrechen. Für Trainingszwecke würden

auch vier Bahnen reichen, denn wenn nicht alle Leichtathlet\*innen Hannovers auf einer Bahn trainieren müssen, kommen die Vereine auch gut mit weniger Rundbahnen aus. Zusätzlich können dann Schulen die Plätze nutzen und besseren Schulsport anbieten. Viele Schüler\*innen stellen diesen Antrag ebenfalls im Rahmen von „Pimp Your Town!“-Planspielen. Des Weiteren werden meistens Sportplätze erneuert, auf denen kein Training mehr möglich ist, da sie zu kaputt oder bewachsen sind. Solche Probleme entstehen, wenn Plätze nicht gut gepflegt werden, ansonsten können Sportplätze viele Jahrzehnte genutzt werden. Sportplätze, die schlecht gepflegt werden, werden also besonders oft erneuert, aber gut gepflegte Plätze, auf denen der Tartanbelag besonders lange nutzbar bleiben würde, werden deutlich seltener erneuert. Außerdem ist es wichtig, dass sich vor allem Kinder und Jugendliche viel bewegen, was nur gelingt, wenn der Spaß an Bewegung bleibt (auf Aschebahnen kann man nur deutlich langsamer laufen als auf Tartanbahnen) und die Sportanlagen sicher sind (vor allem nach Regenfällen bilden sich durch Nutzung der Aschebahn Löcher auf der Innenbahn und, wenn man stürzt, entzünden sich die Wunden durch die kleinen Aschesteinchen, was bei Gummibelag beides nicht der Fall ist). Des Weiteren können nur Vereine mit Tartanrundlaufbahn Laufwettkämpfe ausrichten, da die Laufzeiten auf Aschebahnen so erheblich langsamer sind, dass außer in der Kinderleichtathletik keine Athlet\*innen teilnehmen, genauso wie Fußballturniere/-spiele auch nur auf Rasenplätzen stattfinden können und nicht auf Asche. Dadurch verdienen Vereine kaum Geld und können somit auch nicht für eine Tartanbahn sparen. Deshalb sollen in Hannover noch mindestens drei Tartanplätze gebaut werden, an deren Kosten die Vereine nur minimal beteiligt werden. Die Stadt Hannover soll dafür eine Ausschreibung veröffentlichen, sodass sich verschiedene Vereine dafür bewerben können. Bei der Auswahl soll darauf geachtet werden, dass die Plätze gleichmäßig über Hannover verteilt werden.

## S – Sonstiges

### S1: Ausnahmeregelungen für den Paintballsport

**Antragssteller\*innen:** Jusos Seelze

**Weiterleitung:** Bezirkskonferenz, Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

---

- 1 Hiermit fordern wir eine Ausnahmeregelung für den Paintballsport, durch Ände-
- 2 rung des § 12 Abs. 4 Nr. 1 WaffG. Zukünftig soll die Mündungsgeschwindigkeit der
- 3 Paintballs beim Verlassen des Laufs auf das Internationale Standardmaß (rund
- 4 300 FPS (Fuß pro Sekunde) somit mehr als 7,5 Joule) angehoben wird.

#### **Begründung**

Paintball ist ein unfassbar schöner Team- und Laufsport und zurzeit beliebt wie nie.

Leider legt das Waffengesetz in Deutschland diesem Sport viele Fesseln an sowohl beim Transport der Ausrüstung als auch bei der Handhabung und der Schussgeschwindigkeit.

In Deutschland dürfen Paintballs („Paint“, die Munition) beim Verlassen des Laufes maximal 214 FPS bzw. 234 km/h haben. Bei dieser geringen Geschwindigkeit funktionieren aber leider viele Markierer nicht richtig und die „Paint“ fliegt nur auf kurzen Distanzen genauer. Das sorgt im Sport für viel Frust und Resignation, weil im Ausland (Beispiel: Niederlande, Polen, Österreich, Schweiz und Tschechien) mit bis zu 300 FPS bzw. 329 km/h gespielt werden darf.

Natürlich sind Sicherheitsregeln und Gesetze im Paintball Sport mehr als wichtig damit keine Gefährdung entsteht, wenn man aber bedenkt, dass jeder ab 18 Jahre völlig Legal eine Armbrust oder einen Bogen mit der dazugehörigen Munition kaufen und besitzen darf und selbst im Fußball mehr Unfälle passieren als im internationalen Paintballsport zusammen wirft das die Frage des Sinns solcher Beschränkungen auf.

Eine Sonderregelung für den Paintballsport würde sowohl dem Sport helfen die Funktion der Markierer sicherstellen als auch Deutschland für diesen internationalen Sport interessanter machen und das ohne signifikante Erhöhung des Verletzungsrisikos.